:antifaschistische nachrichten Nr. 18

g 3336 7.9.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Zum Antikriegstag gab es Kundgebungen und Demonstrationen in vielen Städten, Bild Köln, p.b.

Eklat bei der Eröffnung des Weimarer Kunstfest

WEIMAR. Der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, hat die Bundesregierung zu einer Klarstellung ihres Geschichtsbildes aufgefordert. Er bezog sich dabei auf die Rede des Abteilungsleiters im Kulturstaatsministerium, Hermann Schäfer, der damit bei der Eröffnung des Kunstfestes in Weimar am Freitag für einen Eklat gesorgt hatte.

Schäfer hatte in seiner Ansprache die Holocaust-Opfer Buchenwalds unberücksichtigt gelassen und dafür die Opfer von Flucht und Vertreibung in den Mittelpunkt gerückt. Gäste des Konzerts „Gedenken Buchenwald" hatten Schäfer mit Zwischenrufen und störendem Beifall zum Abbruch seines Grußwortes gezwungen.

> „Schon seit einigen Jahren steht mit dem Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa ein historisches Problem im Mittelpunkt einer Diskussion, an der sich viele Seiten auf breiter Grundlage beteiligen, gerade auch Politiker aller Parteien. Ich bin froh, dass wir heute in der Lage sind, über ein solch sensibles Thema unserer jüngsten Vergangenheit weitgehend sachlich und unaufgeregt zu sprechen (...) Es ist keine Erinnerungstäuschung und keine Umdeutung von Geschichte, wenn wir feststellen, dass die deutschen Vertriebenen Opfer waren. Sie waren es, und sechzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriege können wir es offen und ohne Scheu sagen."(...)
>
> *aus dem Grußwort Schäfers nach ND, 30.8.06*

Gegenüber der Thüringischen Landeszeitung sagte Knigge, Schäfers Entschuldigung habe „Verschlimmbesserungen" enthalten. Seine Formulierung, er hätte anders geredet, wenn er gewusst hätte, dass KZ-Überlebende im Raum gesessen hätten, habe die Überlebenden noch mehr getroffen. Knigge: „Wird dann, wenn wir nicht mehr da sind und nicht mehr protestieren können, im Namen der Opfer des Nationalsozialismus nur noch über die Kriegsfolgen für die Deutschen gesprochen?" (Quelle: Zeit online 28.8.06, FR 2.9.06)

Wir dokumentieren nebenstehend die Protesterklärung der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora und eine Stellungnahme der Abgeordneten Ulla Jepke, MdB Die Linke, auf Seite 3. ■

Aus dem Inhalt:

30. August 2006

Erklärung

Wir haben das Konzentrationslager Buchenwald-Dora, die Nebenlager überlebt. Gemeinsam mit 21.000 befreiten Buchenwalder Häftlingen schworen wir am 19. April 1945: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig."

Nachdem der Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für das Kulturfest Weimar eine nicht misszuverstehende Rede hielt, müssen wir feststellen, dass wir von der Erfüllung des Schwures von Buchenwald weiter entfernt sind denn je.

Einer Persönlichkeit, die den Beauftragten der Bundesregierung vertritt und die dem Stiftungsrat der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora angehört, ist zuzutrauen, dass sie den Unterschied zwischen der Eröffnung eines Konzerts „Gedenken Buchenwald" und der Versammlung eines Vertriebenenverbandes zu erkennen vermag, zumal von dieser Persönlichkeit Geschichte an einer Universität studiert wurde.

Mit dem gebotenen Nachdruck protestieren wir gegen diese maßlose Provokation in Anwesenheit unserer Kameraden aus dem In- und Ausland.

Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass offiziell Opfer und Überlebende beleidigt werden. Wir empfinden das verwerfliche Auftreten als vorsätzlich, weil es sich in eine Vielzahl ähnlicher Erscheinungen einordnet.

Nach klaren Aussagen der Bundesregierung anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald im April 2005 stellen wir besorgt fest, dass sich die Position der Bundesregierung gegenüber der Erinnerung an die Opfer des deutschen Faschismus offenbar verändert hat. In diesem Zusammenhang ist an einen ähnlichen Vorgang wie in Weimar zu erinnern, hervorgerufen durch den Vertreter der Brandenburger Landesregierung in der Gedenkstätte Sachsenhausen im April 2006.

Wir verwahren uns gegen haltlose Rechtfertigungsversuche.

Es ist an der Zeit, sich eindeutig zu den Opfern des deutschen Faschismus und zur Erinnerungskultur in der Bundesrepublik, die Zeit des Faschismus betreffend, zu positionieren.

Im Namen der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora Günter Pappenheim, ehemaliger Häftling in Buchenwald, 1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora ■

Erneut verurteilt

Chile. Der Gründer der berüchtigten Siedlung „Colonia Dignidad“ im Süden Chiles, Paul Schäfer (84), ist wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Die ehemaligen Führungsmitglieder der „Colonia Dignidad“, Karl van den Berg und Kurt Schnellenkamp wurden zu je fünf Jahren, der Arzt Hartmut Hopp zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Bereits im Mai war Schäfer, ein ehemaliger Unteroffizier der Wehrmacht, wegen Kindesmissbrauch in 25 Fällen zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Hervorgegangen war die „Colonia Digniad“, der mehrere hundert Deutsche angehörten, aus einer Abspaltung vom „Bund evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in Deutschland“ (Baptisten). Ende der 50er Jahre war die rechte religiöse Gemeinschaft nach Chile ausgewandert und hatte dort ein eigene Siedlung gegründet.

hma ■

Abgetreten

Berlin. Ulrich de Maiziere, ehemals Generalinspekteur der Bundeswehr, ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Der Vier-Sterne-General der Bundeswehr, 1912 in Stade geboren, erlernte sein „Handwerk“ in Hitlers Wehrmacht. 1939 war de Maiziere am Überfall auf Polen beteiligt. 1942/43 referierte er seine „Osterfahrungen“ in der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres, die unter der Leitung des späteren Bundeswehr-Generals Mueller-Hillebrand stand. 1943 war de Maiziere 1. Generalstabsoffizier der 10. Panzergrenadierdivision, die von Mai bis Juni im Raum Orel im Rahmen einer Großaktion Jagd auf russische Partisanen machte. Dabei gingen die Einheiten mit äußerster Brutalität gegen die Partisanengebiete vor, „umstellten Dörfer und Waldgebiete, vertrieben die Einwohner, machten die Orte dem Erdboden gleich“, so H. Kühnrich in seinem Buch „Der Partisanenkrieg“. Zum Oberst ernannt, erlebte de Maiziere das Kriegsende im Stab des Großadmirals Dönitz.

Bereits 1951 wird er ins „Amt Blank“, dem Vorläufer des Bundesverteidungsministerium, berufen und kann seine Karriere fortsetzen. Viele Jahre war der Bundeswehr-General Präsident der „Clausewitz-Gesellschaft“. 2002 gab er der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein Interview. *hma* ■

Unten durch

USA. Die Kritik an dem Schauspieler und Regisseur Mel Gibson reißt nicht ab. Schon sein schwülstig-religiöser Jesus-Film „Die Passion Christi“ hatte jede Menge Kritik zur Folge. Der Streifen sei „massiv antisemitisch“ und Antisemiten würden durch den Film nur in ihrer Anschauung bestätigt, wurde von verschiedenen Seiten gewarnt. Nun hat Gibson erneut einen Skandal provoziert. Bei einer Polizeikontrolle war er mit einem Beamten aneinander geraten und hatte gesagt: „Juden sind für alle Kriege in der Welt verantwortlich. Sind Sie Jude?“ Bereits 2003 hatte Mel Gibson in einem Interview mit „Readers Digest“ seinen Vater, Hutton Gibson, in Schutz genommen. Der ist Gründer der rechten religiösen „Alliance for Catholic Tradition“ und hatte kurz zuvor das Ausmaß des Holocaust bezweifelt und Holocaust-Museen als „Tricks zur Geldmacherei“ bezeichnet. Mel Gibson hatte der religiösen Gruppe in der Vergangenheit mit einem Millionenbeitrag den Bau einer Kirche ermöglicht und Veröffentlichungen seines Vaters gefördert, der u.a. die Neuerungen des Zweiten Vatikanischen Konzils ablehnt und an der lateinischen Messe festhält. Als Reaktion auf Mel Gibsons neuesten Skandal hat der TV-Sender „ABC“ die Produktion einer geplanten Fernsehserie mit Gibson abgesagt. Auch Rufe nach einem Boykott des nächsten Gibson-Films, „Apocalypto“, der im Dezember in die Kinos kommen soll, wurden laut. *hma* ■

„Ruhm und Ehre“ …

… sei der Kaispeicher B „im Begriff, über seine Geschichte hinaus, … für die Hansestadt einzufahren“, sagte die Hamburger Kultursenatorin von Welck anlässlich einer kleinen Feier am 21. August (Welt, 22.8.). Der militaristische, bei Neonazis eher geläufige „Ruhm-und-Ehre“-Jargon war nicht so unpassend, wie es scheinen mag, galt die Preisung doch weniger dem Kaispeicher als vielmehr dem neuen Hausherrn Peter Tamm und seinem Maritimen Museum.

Hintergrund der kleinen Feier war die Übergabe eines Fördervertrags über 200.000 Euro an Peter Tamm: Mit diesem Betrag unterstützt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) die Fassadeninstandsetzung des Kaispeichers. Ausdrücklich hob DSD-Generalsekretär Knüppel hervor, dass die DSD „mit der Unterstützung des Museumsprojekts auch die denkmalpflegerische Qualität der Umnutzung dieses wichtigen Hafengebäudes würdigt“, so die Pressemitteilung der DSD.

Ebenso wichtig wie die 200.000 Euro dürfte für Peter Tamm die Legitimation sein, die diese Förderung stiftet. Die Errichtung des Marinemuseums ist nach wie vor heftig umstritten, zum einen wegen seiner militaristischen Ausprägung, zum anderen weil die Stadt 30 Millionen ohne jedes Mitspracherecht über die Museumsgestaltung verschleudert. Der Vorsitzende des DSD, Bernhard Servatius, konnte im Interview mit der taz (22.8.) „bezüglich der Museumsinhalte … keine Schwierigkeiten“ sehen. Warum auch? Man kennt sich. Wie Tamm hatte Servatius lange Zeit Führungspositionen beim Axel Springer Verlag inne, war Testamentvollstrecker von Axel Springer und langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender. Als er das Amt 2002 niederlegte, bescheinigte ihm Friedel Springer „Treue zu Axel Springer, zu seinem Unternehmen, zu seinen Ideen“. Dass Tamm und Servatius in ihren Springer-Zeiten mehr Konkurrenten als Freunde waren – Tamms „Abscheu Servatius gegenüber (ist) ungebrochen“, weiß der Springer-Biograf Jürgs in seinem 1995 erschienenen Buch zu berichten –, was tut’s. Im Zweifelsfall hilft man sich. *scc* ■

Zeichen gegen Rassismus

Der in der Oberliga Nordost Südstaffel spielende Amateurverein ZFC Meuselwitz aus dem Altenburger Land machte Ende Juli folgende Mitteilung:

„Der ZFC Meuselwitz wird in der kommenden Saison ein sichtbares Zeichen gegen Rechts setzen. Die neuen Mannschaftstrikots sind neben Sponsor Altenburger Brauerei mit dem Schriftzug: ‚Gegen Rassismus‘ versehen. Nachdem es nicht nur in der NOFV-Oberliga Süd immer wieder in den Stadien rassistische Vorfälle gegeben hatte, ist dies ein konsequentes Zeichen des Vereins und der Mannschaft für ein friedvolles und faires Miteinander auf und neben dem Fußballplatz. Nachahmung empfohlen.“

www.zfc.de, scc ■

Einzigartiger Beleg für NS-‚Euthanasie‘-Verbrechen.

Hessen. Mit dem Wiederaufbau der Busgarage in der Gedenkstätte Hadamar hat die Gedenkstätte einen einzigartigen Beleg für die NS-“Euthanasie“-Verbrechen geschaffen. In einer Gedenkveranstaltung, die an den Beginn des II. Weltkrieges vor 67 Jahren erinnerte, ist am 1.9. auch der Wiederaufbau der ehemaligen „T4“-Busgarage in der Gedenkstätte Hadamar gewürdigt worden. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen, der das Gedenken an die etwa 15.000 Opfer der „Euthanasie“-Morde des NS-Regimes in der damaligen nassauischen Tötungsanstalt wach halten will, konnte die einzige noch erhaltene Busgarage vor dem endgültigen Verfall retten. „Dieses Zeugnis der NS-‚Euthanasie‘-Morde sollte erhalten bleiben“, sagte LWV-Beigeordneter Dr. Peter Barkey bei der Veranstaltung. Insgesamt wurden mehr als 100.000 Euro für die Wiederer-

richtung beigetragen. Nur so konnte das Gebäude restauriert und am ursprünglichen Standort wieder errichtet werden. Die Gedenkstätte Hadamar erhält durch die wiedererrichtete Busgarage eine authentische Ergänzung zu den Originalräumen und dem Friedhof, wie der Leiter der Gedenkstätte, Dr. Georg Lilienthal, darstellte. Diese „gegenständlichen Zeugnisse“ bringen für die pädagogische Arbeit eine neue Qualität. Sie helfen, die durch den zeitlichen Abstand und Fehlen von Zeitzeugen wachsende Distanz zur Vergangenheit zu überbrücken.

In ähnlich hölzernen Busgaragen waren nach Informationen des LWV Hessen während der ersten Mordphase im Jahr 1941 in den insgesamt sechs „Euthanasie“-Tötungsanstalten die berüchtigten grauen Busse der „Gemeinnützigen Krankentransport-GmbH“ (Gekrat) stationiert. Die Garage in Hadamar konnte drei dieser Busse aufnehmen, mit denen Patientinnen und Patienten aus den sogenannten Zwischenanstalten abgeholt und nach Hadamar gebracht wurden. Die Patienten durften die Busse nur im Innern des abgeschlossenen Gebäudes verlassen, damit sie vor fremden Blicken abgeschirmt waren und keine Gelegenheit zur Flucht hatten. Ins Hauptgebäude führte ein Schleusengang. Nur wenige Stunden nach der Ankunft wurden die Menschen auf grausame Weise in der Gaskammer ermordet. Die sog „T4-Aktion“, benannt nach dem Sitz der Verwaltungszentrale der Gasmordaktion in der Berliner Tiergartenstraße 4, war nach Informationen des LWV Hessen der erste vom NS-Regime organisierte Massenmord, dem zwischen 1940 und 1941 rund 70.000 Menschen zum Opfer fielen, davon über 10.000 allein in der Tötungsanstalt Hadamar.

Der 1. September ist nicht allein der Tag der Wiederkehr des Kriegsbeginns: Auch datierte Hitler seine Ermächtigung zum „T4“-Krankenmord auf diesen Termin. An der wiedererrichteten Busgarage informieren sechs Informationstafeln über die NS-“Euthanasie“-Verbrechen und die Bedeutung der Busgarage. Jeweils eine Tafel ist in englischer, russischer und in leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten verfasst. Damit sind Informationen für Gedenkstättenbesucher verfügbar, die außerhalb der Öffnungszeiten kommen. *omp, kobinet* ■

Kulturstaatsministerium als Speerspitze des Geschichtsrevisionismus?

Die skandalöse Rede des stellvertretenden Kulturstaatsministers Hermann Schäfer erfordert eine klare Distanzierung der Bundesregierung meint Ulla Jelpke, innpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag: „Das Kulturstaatsministerium entwickelt sich mehr und mehr zur Speerspitze eines neuen Geschichtsrevisionismus. Während der Stellvertreter des Staatsministers, Hermann Schäfer, bei einer Feierstunde mit Buchenwaldüberlebenden in Weimar nur von deutschen Opfern spricht und die Opfer des deutschen Faschismus einfach „vergisst“, empfiehlt zur selben Zeit sein vorgesetzter Staatsminister Bernd Neumann bei einer Ausstellungseröffnung das heilige römische Reich deutscher Nation zum Vorbild der EU. Dass er hiermit eine beliebte Idee der extremen Rechten zur historischen Legitimierung einer deutschen Führungsrolle in Europa aufgreift, scheint ihn nicht zu stören.

Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung eine klare Position zum Umgang mit der NS-Vergangenheit bezieht und nicht durch eine Gleichstellung von Vertriebenen und NS-Opfern Ursache und Wirkung der Vergangenheit zugunsten einer undifferenzierten Opfersicht verwischt. Teile der Union scheinen hier an die unselige Geschichtspolitik eines Helmut Kohl anknüpfen zu wollen.

Staatsminister Bernd Neumann war schon in den siebziger Jahren im Bremer Senat durch seinen unverantwortlichen Umgang mit NS-Bezügen aufgefallen: Damals äußerte er zu einem Buch von Erich Fried, „Ja, so etwas würde ich lieber verbrannt sehen.“ Heute hat er es sich offensichtlich zur Aufgabe gemacht, das vom Bund der Vertriebenen angestrebte Zentrum gegen Vertreibung in Berlin voranzubringen und damit einen weiteren Baustein in eine Geschichtssicht zu setzen, die Deutschland und die Deutschen vor allem als Opfer der NS-Vergangenheit begreift. Völlig unkritisch wird dabei die Sicht der Vertriebenen übernommen, die sich selbst als Hauptleidtragende der Vergangenheit sehen.

Eine solche Sichtweise ist ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft.

Während die Bundesregierung alle Anfragen der Fraktion DIE LINKE nach Entschädigungen für vergessene Opfer des Faschismus im Geiste der Schlussstrichmentalität abschmettert, werden die Vertriebenen Jahr für Jahr aus dem Bundeshaushalt alimentiert. Ein Ergebnis dieser Politik ist die verquere Geschichtssicht, die sich dieser Tage auch in der Regierung offenbart.

Pressemitteilung, Di., 29.8.2006: Ulla Jelpke (MdB)

Rassistischer Vorfall in Halle?

Wie das Neue Deutschland am 7.8.2006 berichtete, gab es in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Halle mutmaßlich einen rassistischen Vorfall. Ein Wärter soll einen afrikanischen Untersuchungsgefangenen beleidigt und misshandelt haben. Unter anderem habe er ihn als „Nigger“ beschimpft und ihm die Zellentüre in den Rücken gerammt. Die Staatsanwaltschaft ermittele gegen den Beamten. Eine Sprecherin des Justizministeriums betonte jedoch, es sei nicht klar, ob hinter dem Vorfall ein fremdenfeindliches Motiv stecke.

Aus eigener Anschauung (in westdeutschen Knästen) kann ich berichten, dass solch ein Vorgang keineswegs die Ausnahme darstellt.

Da sind beispielsweise Wärter, die nicht-deutsche Gefangene prinzipiell duzen. Oder der Beamte im Krankenrevier der JVA Bruchsal, der von mir auf rassistische Parolen angesprochen, die im Wartebereich des Reviers an der Wand standen, erwiderte, dies habe mich nichts anzugehen.

Oder Hakenkreuze in Fluren, auf Namensschildern an Haftraumtüren – und Wärter gehen wochenlang daran vorbei. Erst als ich darüber einen Artikel schrieb, übertünchte man sie.

Thomas Meyer-Falk, www.freedom-for-thomas.de ■

Naziübergriff auf Juso-veranstaltung

Berlin. 20 Kameradschaftsnazis sorgten für einen Abbruch einer Podiumsdiskussion zur Bekämpfung von Rechtsextremismus: Am 30.8. wollten die Jusos Steglitz-Zehlendorf eine Veranstaltung im AWO-Haus an der Osdorfer Straße in Berlin-Lichterfelde mit dem TItel: „Bürgerlicher Rassismus und Staatsantifa: Möglichkeiten staatlicher Interventionen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus“ abhalten. Nachdem es bereits vor Beginn der Veranstaltungen in Einzelgesprächen zu Provokationen von Altnazis kam, („Die Juden sind selbst schuld am Holocaust“) und wir bereits die erste Person zusammen mit der Polizei des Raumes verweisen mussten, mussten wir um kurz nach sieben mit ansehen, wie ca. 20 organisierte Kameradschaftsnazis den Raum betraten. Unter ihnen waren auch Anführer der im letzten Jahr verbotenen Kameradschaft BASO und andere stadtbekannte Nazieliten. Wir sahen uns daraufhin nicht mehr imstande, die Podiumsdiskussion noch durchzuführen, da wir nicht für die körperliche Unversehrtheit unserer Gäste, ReferentInnen oder auch unsere eigene garantieren konnten. Mit Hilfe der Polizei gelang es uns, die Nazis aus den Räumen der AWO zu bewegen, worauf diese sich vor dem Haus versammelten und auf wegen eines S-Bahndefektes zu spät gekommene Nach-

zügler warteten. Deshalb wuchs die Menge noch auf ca. 40 Nazis an.

Zusammen mit den ReferentInnen und unseren Gästen beschlossen wir, uns zu einem anderen Ort zu begeben, um gemeinsam eine Antwort auf diese Bedrohung und Provokation zu finden. Nach längerem Warten marschierten die Neonazis unter lauten Sprechchören als Spontandemo vom S-Bhf Osdorfer Str. Richtung Lichterfelde Ost. Dies war unseren Informationen nach die erste Neonazidemo in Berlin-Lichterfelde seit dem 2. Weltkrieg.

Diese Vorfälle reihen sich ein in eine Menge anderer Pöbeleien, Beschädigungen und Bedrohungen, die Jusos und andere Linke in diesem Wahlkampf von seiten der Nazis erdulden mussten. Das werden wir uns nicht bieten lassen! Wir werden deshalb möglichst zeitnah eine kundgebungsähnliche Veranstaltung in Lichterfelde an einem historisch symbolischen Ort organisieren und ein kraftvolles Zeichen setzen, dass Nazitum weder hier noch woanders in Berlin, einen Platz hat. *http://www.jusos-suedwest.org* ■



Kreisverwaltungsreferat (KVR) in der Kritik

München. Obwohl die Mehrheit des Stadtrats ein Verbot des Hess-Gedenkens durch Neonazis gefordert hatte, erlaubte das KVR den Naziaufmarsch am 19.8. in München und es wurde auch nicht eingeschritten, als Parolen gerufen wurden wie „Rudolf Hess – von den Besatzern ermordet". Die Abgeordnete der Linkspartei, Brigitte Wulf, hat deshalb in einer Anfrage nachgehakt, welche Maßnahmen gegen das KVR ergriffen werden können, damit deren Sachverstand erhöht wird und Nazi-Kult in Zukunft auch in München verboten wird. ■

Neonazis machen beim Häuserkauf Rückzieher

Kirchheim. Nach Informationen aus Grünstadt ist die NPD am 22. August aus dem Kaufvertrag für die „Alte Leininger Mühle" in Grünstadt-Kirchheim ausgestiegen. Auf den Notarkosten wird sie sitzen bleiben, da der Verkäufer, mit dem sie sich die Kosten teilen wollte, pleite zu sein scheint – ebenso wie der als Käufer auftretende Neonazi Meenen (Spiegel 34/06). Es scheint sich zu bestätigen, was schon mehrfach vermutet wurde: Die Neonazis sammeln zurzeit Geld, indem sie den Widerstand gegen ihre drohende Dauerpräsenz in aufzukaufenden Häusern zu einem für sie vorteilhaften Faktor in der Grundstücksspekulation machen. In Zusammenarbeit mit finanziell meist maroden Immobilieneigentümern versuchen sie, überhöhte Fantasiepreise für deren meist auch marode Immobilien in die Welt zu setzen. Wenn dann die erschreckte Bürgerschaft ihre jeweilige Kommunalverwaltung auffordert, den Nazis durch Nutzung von Vorkaufsrechten und/ oder durch Überbieten des lancierten Fantasiepreises zuvorzukommen, teilen sich im Erfolgsfalle Neonazis und Immobilienbesitzer die Einnahmen. So schon mehrfach geschehen und in Delmenhorst scheint die Situation ähnlich zu sein.

In Grünstadt hat der Gemeinderat nun also das Vorkaufsrecht nicht gezogen, sondern stattdessen das Anwesen auch noch unter Denkmalschutz gestellt. Mit dem Fantasiepreis war nichts, stattdessen verbleibende Kosten für die NPD aus einem gescheiterten Grundstückspoker. Laut Spiegel wurde die Verwaltung von Grünstadt bei ihrem Vorgehen vom rheinland-pfälzischen Innenministerium beraten, das mit Erkenntnissen des Verfassungsschutzes auf die Erpressungsgefahr hinwies. Entscheidend war jedoch auch der Druck einer örtlichen Bürgerinitiative gegen das drohende Nazizentrum.

In diesem Fall kann man nun mit Befriedigung feststellen, dass der öffentliche Widerstand gegen das geplante Nazizentrum in der Mühle Erfolg hatte und nicht für erpresserische Spekulation missbraucht werden konnte. Freilich ist die Region das Problem noch nicht ganz los: Erstens besteht für die „Alte Mühle" ein zunächst bis Oktober befristeter Mietvertrag und zweitens gibt es auch in Altleiningen Bestrebungen der Neonaziszene, das alte Gasthaus „Zur Burg" zu kaufen.

Ein für den Widerstand gegen die Neonazis interessanter Vorgang

Dass sich in den meisten Orten, wo Neonazis mit Niederlassungsabsichten auftauchen, örtlicher Widerstand regt, ist ein positives Zeichen. Die Motive mögen im einzelnen oft mehr mit Furcht vor Imageverlust zu tun haben als mit antifaschistischer Grundüberzeugung. Aber es ist ja durchaus begrüßenswert, dass Nazipräsenz offenkundig nicht der Imagepflege dient. Für die antifaschistische Bewegung ist der vielfältige örtliche Widerstand, der sich doch regt, ein positiver Ansatzpunkt. Denn die Inflation neonazistischer Aufmarsch-Ankündigungen und auch Niederlassungsdrohungen gerade in der „Provinz" stellen für die Antifa in den „Zentren" ein grundlegendes Problem dar: Am Ende wird die Antifa, getrieben von ihrem Grundsatz „Keinen Fußbreit den Faschisten – nirgendwo!", von den Nazis regelrecht in der Gegend herumgescheucht. Die Nazis haben dies längst begriffen; viele Ankündigungen erweisen sich im Nachhinein als offensichtliche Finten.

Dass auch hartgesottene Nazis nicht immun sind gegen überall stattfindende Proteste, zeigen da und dort bröckelnde Teilnehmerzahlen. Für den antifaschistischen Widerstand empfiehlt sich daher, diese örtlichen Initiativen zu unterstützen beispielsweise mit den vorhandenen profunden Kenntnissen über die Naziszene, ihr Vorgehen, ihre Untaten und ihre Ideologie. Das setzt allerdings auch mehr Bereitschaft voraus, mit solchen spontanen Widerstandsformen unterschiedlicher Färbung in Zusammenarbeit zu treten.

Da die Neonazis in unserer Region immer mehr in die Fläche gehen („fünfmal Odenwald an einem Samstag"), sollten die Chancen einer besseren Zusammenarbeit derer genutzt werden, die gegen die Naziumtriebe eingestellt sind. *tht* ■

Im aktuellen Newsletter der AGRechtsextremismus/Antifaschismus der Linkspartei hat Chr. Oberthür das NPD-Wahlprogramm für Berlin kommentiert. Wir dokumentieren diesen Beitrag:

Die Wahlen in Berlin – zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen – am17.9.:

Zum Wahlprogramm der NPD in Berlin

Die NPD hat ihr Wahlprogramm für die Wahl am 17. September als „Aktionsprogramm" deklariert. Auf 20 Seiten teilt sie ihre „Ideen" für ein deutsches Berlin mit. Das Deckblatt ist in den Parteifarben schwarz – rot – weiß gehalten und das Programm in alter Rechtschreibung formuliert.

In der Präambel wird Deutschlands Untergang, von außen verursacht, skizziert. Gegen diesen und vor allem gegen die Ausländer muss man Widerstand leisten und die bestehende Ordnung überwinden, um sich hinterher als dienendes Glied in eine Volksgemeinschaft einzufügen.

Wie das gehen soll, erklärt dann das Notstandsprogramm eines nationalen Senats für die Wiederherstellung einer deutschen Ordnung für Berlin in einem nationalen Deutschland in vier Hauptpunkten. Man hört förmlich das Hacken- Zusammenschlagen der braunen Marschierer bei der Verkündung.

1. „Auftrag Berlin"

Dieser besteht nach der NPD darin, dass Berlin als Hauptstadt, noch dazu als preußische, Deutschland führen muss. Dabei stören zu allererst die ganzen Ausländer, die das Stadtbild mit ihrer Kultur und was sie sonst noch haben, verunstalten. Der Deutsche ist also aufgerufen, sich Berlin wieder neu zu gestalten.

2. „Arbeitsplatz Berlin"

„Arbeit zuerst für Deutsche" ist ja eine altbekannte Forderung der NPD. Neu ist, dass die NPD jetzt auch von Enteignung der Unternehmen und Mitbeteiligung der Arbeitnehmer spricht. Dann soll es wieder Zölle für ausländische Waren geben und die Wirtschaft sich dem Staat unterordnen. Der Mittelstand soll besonders gefördert werden, vorrangig durch Gelder, die bisher in den Kampf gegen Rechts und für „antideutsche Gedenkstätten" ausgegeben wurden.

3. „Heimat Berlin"

Heimat kann Berlin nach den Auffassungen der NPD natürlich nur für Deutsche sein. Integration ist für sie Schwindel und Integrationsgelder sind für sie hinausgeschmissenes Geld. Ausländer werden schrittweise ausgewiesen und Asylbewerber werden gnadenlos abgeschoben. „Multikultur" bedeute Einheitsbrei. Hier offenbart die NPD erneut ihren wahren nationalistischen und fremdenfeindlichen Charakter.

Sie erinnert hinsichtlich der Kultur vielmehr an ihre Wesensverwandtschaft mit der Nazipartei, wenn sie unter Förderung der deutschen Kultur behauptet „fremde und dekadente" Kunst und Kultur verschandelten das Stadtbild. Dieses müsse sich sowieso mehr an der Historie – also am preußischen Baustil orientieren. Warum? Weil man ja Preußen auch in einer Länderfusion zwischen Berlin und Brandenburg wieder auferstehen lassen will. Dazu werden dann all die Werte und preußischen Tugenden aufgezählt (,,Fleiß, Genügsamkeit, Sparsamkeit, Wehrhaftigkeit, Wagemut; Geistesfreiheit, Wahrhaftigkeit, Anständigkeit, – Verlässlichkeit, Recht und Ordnung"), die Berlin und ganz Deutschland brauchen, „um die verheerenden Schäden, welche Marxismus und Liberalismus angerichtet haben, zu beseitigen und dem deutschen Volk eine Zukunft zu sichern".



Plakate und Wahlkampfzeitung der NPD für Berin

4. „Solidargemeinschaft Berlin"

Unter „Gemeinschaft" versteht die NPD die „Volksgemeinschaft", wie sie von den Nazis gepredigt wurde, und in die sich der Einzelne einfügen muss. Dafür macht sich die Forderung nach größerer Förderung der Familie als kleinster Zelle dieser „Volksgemeinschaft" gut. Lebenspartnerschaften dagegen haben nichts im veralteten Weltbild der NPD zu suchen. Dafür aber Kinder, viele deutsche Kinder, und die sollen am besten schon in der Schule, abgetrennt von schwächeren und ausländischen Schülern mit dem ideologischen Mief der NPD vollgepumpt und zur Herrenrasse herangezüchtet werden.

Für alle Deutschen würde die NPD dann auch die „Volksversicherung" schaffen, die unsere Krankenkassen ersetzen soll (über die Privatversicherten wird eine Aussage verweigert). Die Partei verspricht auch eine Grundrente von 900 Euro, die sich mit wachsender Kinderzahl erhöhen würde. „Nichtdeutsche" hätten natürlich im deutschen Sozialversicherungssystem nichts zu suchen und den Anspruch auf Asyl nach dem Grundgesetz würde die NPD selbstverständlich beseitigen.

Die Polizei dagegen liegt der NPD besonders am Herzen. Diese muss überall sein und überall sein dürfen und dafür alles Gerät und Geld dieser Welt bekommen. Die Kriminellen bekommen auch etwas, nicht nur höhere Strafen, sondern mit etwas Pech vielleicht sogar die Todesstrafe, die man sich populistisch nicht nur für Kindermörder sondern auch für Drogenhändler vorstellen kann. Grob fahrlässige Entscheidungen von Politikern sollen ebenfalls Straftatbestände werden. (Ob sich da nicht jemand sein eigenes Grab schaufelt?)

5. „Schlussbetrachtungen"

Da NDP- Wahlprogramme zu wesentlichen Teilen zentral gefertigt werden, überrascht es nicht, dass die „Schlussbetrachtungen" wortwörtlich mit denen im Wahlprogramm der NPD für die Landtagswahl in Mecklenburg - Vorpommern übereinstimmen. Da werden dann – abgekupfert bei den Linken – die Abschaffung von Hartz IV gefordert, mehr Bürgerentscheide und natürlich auch der Mindestlohn.

Schließlich dürfen im Programm die Attacken gegen die Globalisierung, gegen einen EU-Beitritt der Türkei und das Angstmachen vor einem neuen Ausländerzustrom nicht fehlen.

Zum Wahlkampf der NPD

Mit erheblichem Aufwand ist inzwischen die Wahlkampagne der NPD angelaufen. Im Berliner Straßenbild sind die Tausende Plakate der Partei nicht zu übersehen. Entsprechend dem vor zwei Jahren getroffenen Kooperationsabkommen mit der DVU sind nicht nur Manuela Tönhardt und zwei weitere DVU-Vertreter auf der Kandidatenliste für das Abgeordnetenhaus, auch alle Plakate sind neben dem NPD-Logo zusätzlich mit dem DVU-Zeichen markiert. Den Kern der Plakataussagen bilden auch hier die Ausländerfeindlichkeit (Bild mit Kindergesichtern und dem Text „Wir oder Zuwanderung"? ; Bild mit Muslimen und deren Gepäck – Text:""Gute Heimreise"). Daneben will die NPD die „Rote Karte für Rot-Rot", plakatiert Bilder der Spitzenkandidaten mit allgemeinem Text (,,Weiterdenken!" Udo Voigt). Sie hat eine Wahlkampfzei- →

Fortsetzung von Seite 5

tung als Postwurf herausgegeben (ebenfalls unter „Weiterdenken!“ und mit Zuschnitt auf soziale Fragen, vor allem „Arbeit für Deutsche in Berlin!“), ferner einen „Hartz IV-Ratgeber“ mit der Überschrift „Arbeitslos – aber nicht wehrlos!“ und ein Nichtwählerflugblatt unter dem Titel „Nicht meckern – Handeln!“. Im Fernsehen ist ein Werbespot der NPD mit gleichem Tenor zu sehen. Die Materialien werden auch an Infoständen der NPD angeboten, wobei dort eine Reihe Wahlhelfer aus anderen Bundesländern aufgetaucht sind.

Großen Wert legt die NPD darauf, in öffentliche Räume zu gelangen und so ihre Gleichberechtigung mit den demokratischen Parteien zu demonstrieren. So fanden Saalveranstaltungen in den Rathäusern von Tempelhof und Schöneberg statt (bei gleichzeitigem Bürgerprotest). Die Abschlusskundgebung der NPD ist für den 12.9. im Rathaus Charlottenburg geplant. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat zur Vorbeugung gegen die Begehren der NPD für die Zeit bis zur Wahl gleich alle öffentlichen Säle für Veranstaltungen politischer Parteien gesperrt, was nicht ohne Protest auch in den demokratischen Kreisen bleibt.

Erwartet wird, dass die NPD sich vor allem noch einmal an die Jungwähler wenden wird, um mit Hilfe der sog. „Schulhof -CD“ diese für die Stimmenabgabe zu Gunsten der NPD (vor allem für die BVV-Kandidaten) zu gewinnen.

Zum Wahlkampf der Republikaner

Trotz der Rivalitäten zwischen NPD und Republikanern scheint es eine Absprache zwischen beiden Parteien zu geben, um die 3-Prozent-Hürde für den Einzug in die Bezirksparlamente zu überspringen. So tritt für die BVV die NPD nur in Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg an. Die ohnehin geschwächten Republikaner „bescheiden“ sich dafür auf das Antreten in Berlin-Mitte, Pankow, Reinickendorf; Steglitz-Zehlendorf; Spandau und Friedrichshain-Kreuzberg.

Auch die Wahlplakate der REP sind von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit geprägt („Unser Volk zuerst!“).

In einer Presseerklärung tönt der stellvertretende Bundesvorsitzende der REP, Björn Clemens (Kandidat in Friedrichshain-Kreuzberg): „Für uns hat Kreuzberg einen hohen Symbolwert. Kreuzberg ist zum Synonym der Überfremdung geworden. Deshalb muss gerade dort der Kampf aufgenommen werden. Wir wollen erreichen, dass Friedrichshain ein deutscher Bezirk bleibt und Kreuzberg wieder einer wird.“

aus dem Newsletter der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linkspartei.PDS, Antifa aktuell 8/2006 ■

„Hoyerswerda – 15 Jahre später“

Demonstration am 23.9. zum Jahrestag der rassistischen Pogrome

15 Jahre ist es her, dass im sächsischen Hoyerswerda rassistische Pogrome stattfanden, sich von hier aus weiter ausbreiteten und weitgehenden Einschränkung des Asylrechts führten. Das regionale Antifabündnis ruft zu einer Demonstration am 23.9. auf. Wir dokumentieren den (sehr langen) Aufruf in kurzen Auszügen, weitere Infos auf http://aag-hoyerswerda.sytes.net

Im Jahr 1991 kam es in Hoyerswerda, einer Stadt im Osten Sachsens, zu den ersten rassistischen Pogromen der Nachkriegszeit. ... 15 Jahre nach diesen Ereignissen ist es um so wichtiger daran zu erinnern, zu mahnen und aktiven Protest in die Region zu bringen. Noch heute nimmt Hoyerswerda keine AsylbewerberInnen mehr auf und rassistische Hetze ist an der Tagesordnung.

Hoyerswerda - Die aktuelle Situation

Einst eine blühende Arbeiterstadt der Lausitzer Braunkohle mit bis zu 70.000 Einwohner/innen, ereilte auch Hoyerswerda in den 90ern das Schicksal ostdeutscher Industriestädte. Die Arbeitslosigkeit stieg und mit ihr die Abwanderung in die westlichen Bundesländer. Verstärkt wurde diese Entwicklung, neben den bundesweiten Schlagzeilen über die Anschläge auf die AsylbewerberInnenheime 1991, durch den fast völligen Zusammenbruch der Industrielandschaft.

Seit Anfang des Jahres 2005 hat sich die ohnehin schon schwierige Situation besorgniserregend verschlechtert. Sowohl NPD/ JN Strukturen, als auch Neonazis aus der Kameradschaftsszene sind, beflügelt durch die Ergebnisse der Landtagswahlen 2004, an die Öffentlichkeit getreten und versuchen zunehmend an Einfluss zu gewinnen. Doch auch über politisch organisierte Neonaziaktivitäten hinaus ist mensch in Hoyerswerda z.B. in der lokalen Einkaufspassage „Lausitz Center“ mit einem breit gefächertem Angebot an „Thor Steiner“-Produkten im Jeansgeschäft „Blue Dreams“ konfrontiert, findet gelegentlich eine „Deutsche Stimme“ im Briefkasten, oder muss auf Stadt- und Dorffesten als alternativ aussehende Jugendliche Pöbeleien oder gewalttätige Angriffe fürchten.

In den vergangenen beiden Jahren wurden zudem NPD- und JN-Strukturen aufgebaut. Im Januar 2006 wurde der NPD Kreisverband Kamenz/Hoyerswerda in Kamenz gegründet. Zum Kreisvorsitzenden wurde der selbstständige Handwerksmeister Mario Ertel (Kamenz) gewählt. Sein Stellvertreter ist der erst Anfang 20-jährige Robert Engler aus Hoyerswerda. Darüber hinaus gründete Robert Engler im März einen JN-Stützpunkt in Hoyerswerda. Die Strukturen der JN und des LAB sind inzwischen eng verflochten. Sie beteiligen sich vor allem an Themenkomplexen, die für „Neunazis“ interessant sind.

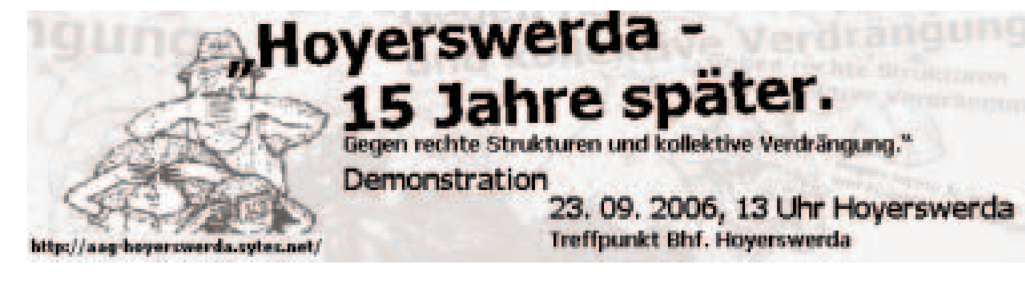
Kommunale Politik

Bei der Wahl 2005 wurde der gebürtige Kamenzer Henry Nietzsche (Ex-CDU) im Wahlkreis Kamenz-Hoyerswerda-Großenhein trotz oder gerade wegen seinen untragbaren und antidemokratischen Äußerungen, wie z.B. „In Deutschland kann der Ali aus der letzten Moschee Zuflucht nehmen“, die ihn bundesweit in die Schlagzeilen brachten, als Direktkandidat mit 34,5% in den Bundestag gewählt. Mit dem umstrittenen Slogan „Arbeit, Familie, Vaterland“ versuchte er ganz offensichtlich am rechten Rand auf Stimmenfang zu gehen. Doch das Konzept ging nur teilweise auf, denn auch die NPD (6,5%) konnte 1,5% im Vergleich zur letzten Wahl gutmachen.

Nicht verwunderlich ist, dass es bei Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem Konzert von Konstantin Wecker, zu Komplikationen kommt, denn jede/r will „die Geschichte ruhen lassen“.

Wir fordern, dass antifaschistische Inhalte und Arbeit in Zukunft wieder stärker gefördert werden und dass vor allem antifaschistische Aufklärungsarbeit ein fester Bestandteil von Jugend-, Kultur- und politischer Arbeit in Hoyerswerda wird.

AAG Hoyerswerda, Antifa Lausitz, Autonome Antifa Finsterwalde, LeA - Leipziger Antifa, AG Dresden,Antifa Dresden http://antifa-hoyerswerda.sytes.net ■



„Kein Bock“ auf die „Jugendoffensive“ von „Pro Köln“

Die rechtsextreme „Bürgerbewegung pro Köln, die seit den Kommunalwahlen 2004 mit Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat vertreten ist, versucht seit einigen Monaten verstärkt Jugendliche in die Partei zu integrieren. Hierfür wurde ein „Jugendarbeitskreis“ gegründet, der in den letzten Wochen 3000 Exemplare seiner rassistischen und nationalistischen Schülerzeitung „Objektiv“ an Kölner Schulen verteilte. Als Reaktion darauf hat sich eine antifaschistische Kampagne gegründet. Hierzu ein Interview mit Lisa M., Pressesprecherin der Kampagne „Kein Bock auf Pro Köln“

Ihr habt zeitgleich zu der rechten Verteilaktion die Schülerzeitung „Kein Bock auf Nazis“ und Infobroschüren über „pro Köln“ an Schulen verteilt. Was war das Ziel eurer Aktion?

Pro Köln hatte versucht, sich ein Bild der Seriosität mit bürgerlichen Anzeigenkunden zu verschaffen und ihre rassistische Hetze in dem Blättchen zwischen harmlosen Artikeln über Freizeitthemen zu verstecken. In unserem Infomaterial haben wir neben einer grundsätzlichen Erklärung, wer Pro Köln ist, zu den einzelnen rassistischen und nationalistischen Artikeln inhaltliche Gegenartikel angeboten. Uns war wichtig, dass es nicht nur bei einer Skandalisierung und Nichttolerierung der rassistischen Hetze von Pro Köln bleibt. Rassistisches und nationalistisches Gedankengut entspringt aus der „Mitte“ der Gesellschaft und ist auch unter Kölner SchülerInnen vorhanden. Darum ist es unseres Erachtens wichtig, neben einer entschlossenen Ausgrenzung von Rechtsextremen auch gegen ihren inhaltlichen Schwachsinn vorzugehen.

Wie waren die Reaktionen von SchülerInnen auf eure Verteilaktionen?

Die meisten SchülerInnen fanden es gut, dass von antifaschistischer Seite auf sie zugegangen wird. Besonders dort, wo Pro Köln bereits verteilt hatte, gab es ein reges Interesse. Einige vertraten allerdings auch die Auffassung, dass die Schule ein „politisch neutraler Raum“ sei und sie deswegen weder von Rechten noch von Linken Infomaterial annehmen würden.

In den Diskussionen mit diesen SchülerInnen zeigt sich leider auch sehr häufig, dass genau diese so „neutralen“ Menschen dazu tendieren, rassistische und nationalistische Auffassungen zu teilen. Positiv überrascht hat uns allerdings, dass es bei vielen Jugendlichen Interesse an linker Politik gibt.

Wie will die Kampagne „Kein Bock auf Pro Köln“ weitermachen, was sind eure Ziele für die Zukunft?

Für uns ist das Abschneiden von „pro Köln“ bei der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2009 entscheidend, deshalb ist unsere Aktion auch langfristig angelegt.

Man wird gegen „Pro Köln“ aber nur dann effektiv vorgehen können, wenn neben konkreten Aktionen auch eine kontinuierliche inhaltliche Aufklärungsarbeit geleistet wird. Deshalb haben wir gerade mit der Arbeit an einer Infobroschüre über den rechten Rand in Köln begonnen und werden auch unsere Internetseite zu einem umfassenden Informationsportal ausbauen. Außerdem bereiten wir gerade einige Infoveranstaltungen für Schulen und Jugendzentren vor.

Wie kann man euch unterstützen?

Zum einen, indem man auf unsere Kampagne in den verschiedensten Zusammenhängen aufmerksam macht und im Internet unsere Homepage fleißig verlinkt. Zum anderen, freuen wir uns natürlich über Einladungen von Organisationen und Gruppen, die gerne etwas über „Pro Köln“ und unsere Arbeit erfahren würden. Außerdem wird es in Zukunft sicher noch viele Aktionen geben, an denen man sich auch aktiv beteiligen kann. Wenn ihr Kontakt mit uns aufnehmen wollt, mailt einfach an

keinbockaufprokoeln@gmx.net.



„Pro Köln“ wirbt mit tschechischem Erotikmodell

Wie aus obigem Interview deutlich wird, sorgt die rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ momentan bundesweit mit ihrer rassistischen und nationalistischen Schülerzeitung „Objektiv“ für Schlagzeilen. Der menschenverachtende Inhalt dieses Blattes zeigt sich zum Beispiel an einem Artikel, der eine fiktive Szene beschreibt, in der Hauptschüler Ali, beispielhaft für alle Türken, als abstoßendes Sexmonster dargestellt wird und die arme deutsche Jessica vergewaltigen will. Zitat: „Oh Mann, scheiße Alter: geile Braut –, die einmal ficken, man, das wäre geil: Ihr Arsch, die dicken Titten, die Haare, – das geht ab ... Sie ist allein ..., – also ran Alter, worauf wartest du noch.“ Zwei Seiten vorher findet sich eine ganzseitige Anzeige, in welcher der „pro Köln“-Nachwuchs mit dem Foto einer jungen blonden Frau im kurzen Minirock und dem Slogan „Deutsch ist Geil“ um Mitstreiter wirbt.

Wie sich der „Jugendarbeitskreis“ zu diesen perversen Phantasien inspirieren ließ, wurde nun bekannt. Denn bei der jungen Frau auf dem Bild handelt es sich keineswegs um eine deutsche Pro-Kölnerin, sondern um ein tschechisches Erotikmodell, welches einen Exklusivvertrag mit den Betreibern einer niederländischen Website besitzt. Diese haben auch das alleinige Copyright für die Bilder inne. Allerdings haben sie diese Bildrechte nicht an die geilen Deutschen aus Köln abgetreten und waren auch nicht besonders entzückt, als sie darauf aufmerksam gemacht wurden, für wen mit ihrem Bildmaterial geworben wird.

http://de.indymedia.org/2006/08/155564.shtml
http://www.2spreeblick.com ■

Juristische Unterstützung

Die vom Brandenburger Innenministerium verbotene Neonaziorganisation „Schutzbund Deutschland“ klagt gegen ihr Verbot vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Juristisch vertreten wird er dabei von dem Rechtsanwalt Markus Beisicht aus Leverkusen, dem Vorsitzenden von „Pro Köln“.

Der Schutzbund Deutschland wurde am 4. Juli verboten. Innenminister Schönbohm betonte, dass der Schutzbund programmatisch an das 25-Punkte-Programm der NSDAP anknüpfe. Im Internet hatte der Verein für die Aufstellung von Schildern mit der Aufschrift „Stop – No Go Area“ als „Warnung für ausländische Gäste“„ geworben.

Quelle: Berliner Morgenpost, 18.8.06; Die Welt 5.7.06 ■

Das Ulrichsbergtreffen –

Rechtsextremes Gedenken und soldatische Traditionspflege in Österreich

AK gegen den Kärntner Konsens

Seit 1958 treffen sich jedes Jahr im Herbst Veteranen der Wehrmacht und (Waffen-) SS, Angehörige des Bundesheers, sowie Politiker (nahezu) aller Parteien bei der „Europa-Heimkehrergedenkstätte“ am Ulrichsberg in Kärnten/Koroska, dem südlichsten Bundesland in Österreich. Bei diesem, vermutlich größten Treffen ehemaliger „Freiwilliger“ im deutschsprachigen Raum, wird gefallenen Kameraden und ihrer „anständigen Pflichterfüllung“ im Kampf für ein „freies Europa“ gedacht. In der antislowenischen Tradition Kärntens wird auch der vermeintlichen „Opfer“ der slowenischen PartisanInnen gedacht, ihr antifaschistischer Beitrag zur Befreiung vom Nationalsozialismus sowie die „Aussiedlung“, die Deportation der Kärntner SlowenInnen in Konzentrationslager jedoch völlig negiert.

Organisiert werden die Feierlichkeiten am Ulrichsberg vom „Verein für die Heimkehrergedenkstätte Ulrichsberg“ (kurz Ulrichsberggemeinschaft), der einen Zusammenschluss aus Kameradschaftsverbänden ehemaliger Gebirgsjäger und SS-Angehöriger, deutschnationalen Heimatschützern und rechtsextremen Landsmannschaften darstellt. Eine zentrale Rolle in der Gemeinschaft nimmt bis heute die Kameradschaft IV (K IV), die österreichische Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, ein. Der selbstgewählte Name K IV beruht auf dem Versuch, die Waffen-SS, die vom Nürnberger Gerichtshof als verbrecherische Organisation verurteilt wurde, als vierten Teil der Wehrmacht und somit als „harmlos“, hinzustellen.

Obwohl gegen diese Kameradschaft bereits 1992 eine Überprüfung durch das österreichische Innenministerium eingeleitet wurde und sie einem Verbot durch freiwillige Selbstauflösung des Bundesverbandes zuvorkam, existieren in ganz Österreich nach wie vor aktive Ortsgruppen.

Einen Tag vor dem Ulrichsbergtreffen wird traditionell von der K IV in Krumpendorf bei Klagenfurt/Celovec eine inoffizielle Auftaktveranstaltung zu den Feierlichkeiten unter Ausschluss der Öffentlichkeit organisiert. Bei diesem Treffen reisen nicht nur Gäste aus ganz Österreich sondern auch Delegationen und Kameradschaften ehemaliger freiwilliger SS-Angehöriger aus Deutschland, Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien und den Niederlanden an. Aus Deutschland kommen für gewöhnlich Mitglieder der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG) oder der „Stillen Hilfe“. Zu den regelmäßigen Gästen zählten dementsprechend in der Vergangenheit die Nazi-Ikone Florentine Rost van Tonningen und deren enge Freundin, Himmler-Tochter Gudrun Burwitz, oder aber auch der in Dänemark wegen Mordes an einem Antifaschsiten zum Tode verurteilte Obersturmbannführer und Ritterkreuzträger Sören Kam. Das Treffen zieht jedoch nicht nur die alte Generation an, sondern soll auch als Brückenschlag für junge Neonazis dienen. So wurde letztes Jahr der Saalschutz bei der Veranstaltung u.a. von deutschen Naziskinheads übernommen. Weitere Neonazis dürften aus Österreich, Deutschland, den Niederlanden und Frankreich angereist sein. Prominenters Teilnehmer am Treffen in Krumpendorf war in der Vergangenheit aber wohl der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, der 1995 den anwesenden SS-Freiwilligen seine Anerkennung dafür aussprach, dass sie ihrer „Überzeugung bis heute treu geblieben“ wären.



Gedenktafeln für den „Abwehrkämpferbund“ und die „Kameradschaft IV“

Jörg Haider selbst war darüber hinaus auch schon mehrmals Festredner bei der zentralen Gedenkfeier am Ulrichsberg selbst. Die sogenannte „Heimkehrergedenkstätte“ am Ulrichsberg besteht dabei im Wesentlichen aus einem rund 30 Meter hohen Stahlkreuz und einer Kirchenruine, die einen „Ehrenhain“ beherbergt. Darin befinden sich vor allem Tafeln in Gedenken an den „Kärntner Abwehrkampf“, diverse „vertriebene Volksdeutsche“, sowie verschiedene Gebirgsjäger- und SS-Einheiten und Kameradschaften – darunter auch Tafeln, die polizeilich verboten, aber bis heute nicht entfernt wurden. Auch ein Relief des NS-Bildhauers Arno Breker, dass dieser in den 1960er Jahren der Ulrichsberggemeinschaft geschenkt hatte, findet seinen Platz im „Ehrenhain“.

Im Jahr 2005 veranstaltete der „AK gegen den Kärntner Konsens“ – ein loser Zusammenschluss von antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen – erstmals in und um Klagenfurt/Celovec Antifaschistische Aktionstage gegen das Ulrichsbergtreffen. Seit einigen Jahren waren dies wieder die ersten öffentlichen Proteste gegen das Ulrichsbergtreffen, an denen rund 150 AntifaschistInnen teilnahmen. Während der 3-tägigen Aktionstage gab es mitten in der Klagenfurter Innenstadt einen Infopoint, der den UlrichsbergfahrerInnen natürlich ein Dorn im Auge war und von Neonazis, die für das Ulrichsbergtreffen angereist waren, attackiert wurde. Neben einem Filmabend war ein zentraler Programmpunkt eine Zeitzeuginnen-Veranstaltung mit Ana Zablatnik, einer Kärntner Slowenin, die 1944 wegen Unterstützung der PartisanInnen von der Gestapo verhaftet wurde und einem Zeithistoriker von der Universität Klagenfurt/Celovec.

Nicht ganz unberührt von den Protesten verlief die Ulrichsbergfeier selbst. So distanzierte sich der Parteiobmann der ÖVP Kärnten, Josef Martinz, in seiner Festrede klar von der Waffen-SS. Dies stellte zumindest am Ulrichsberg eine Premiere dar, die unter den Anwesenden Kameraden dementsprechend auch für hör- und sichtbare Entrüstung sorgte.

Selbst der Präsident der Ulrichsberggemeinschaft, der ehemalige sozialdemokratische Vizelandeshauptmann, sah sich nach Abschluss der Festrede genötigt spontan das Wort zu ergreifen, sich von seinem Festredner zu distanzieren und den Anwesenden zu versichern, dass auch weiterhin ehemalige SS-Angehörige am Ulrichsberg willkommen wären.

Vom 15. bis zum 17. September 2006 finden daher wieder Gegenaktivitäten gegen das traditionelle Ulrichsbergtreffen statt. Auf dem Programm stehen ein ZeitzeugInnen-Gespräch, Kundgebungen und ein Stadtspaziergang in Klagenfurt/Celovec, der uns zu Orten der TäterInnen und an Stellen, an denen noch heute positiv an die NS-Zeit erinnert wird, führen soll.

Nähere Informationen gibt es unter: www.u-berg.at

AK gegen den Kärntner Konsens ■

FRANKREICH:

Vor einem Bündnis Le Pen/Mégret?

Kommt es zur Wiedervereinigung der französischen extremen Rechten? Zumindest in den Wahlurnen zeichnet sich dies, zu Anfang des Wahlkampfs für das „Superwahljahr“ 2007 (mit den Präsidentschaftswahlen im April, und den Parlamentswahlen im Juni), zur Zeit ab. Organisatorisch dürfte es erheblich schwieriger, wenn nicht gar ausgeschlossen sein.

Voraussichtlich Ende September 2006 wird es zu einem Treffen zwischen den bislang verfeindeten und einander abgrundtief hassenden rechtsextremen Parteien FN (Front national) und MNR (Mouvement national républicain, „Nationale und republikanische Bewegung“) kommen. Dies kündigte die Tageszeitung ‚Le Figaro‘ in ihrer Ausgabe vom 26./27. August an.

Bei dem Treffen wird es um die Frage eines Bündnisses für die kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 gehen. Gegenüber ‚Libération‘ (vom 1.9.06) wie schon zuvor anlässlich der Abschlussrede bei der Sommeruniversität des MNR, in Castelsarrasin am 27. August kündigte Bruno Mégret ein Abkommen „bis im Oktober“ dieses Jahres an. Bei der heutzutage mit Abstand größren Partei, dem Front National, hingegen reagierte man reservierter.

Die mögliche, aber noch nicht gesicherte Einigung zwischen den beiden Parteien wäre eine Folge des Angebots von Jean-Marie Le Pen vom April 2006, für die kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine „Union patriotique“ zu formen. Damals hatte Le Pen ein Bündnisangebot lanciert, das sich sowohl an die kleineren rechtsextremen Parteien als auch – und wohl vor allem – an die Anhänger des Rechtskatholiken Philippe de Villiers vom MPF (Mouvement pour la France, „Bewegung für Frankreich“) richtete.

De Villiers steht zwar ideenmäßig der klassischen extremen Rechten ferner als Le Pen und Mégret, aber bricht seit circa anderthalb Jahren in ihr Wählerpotenzial ein. Und er versucht seit Sommer 2005 auch explizit, dem FN seine Anhänger, Mitglieder und auch Kader abzuwerben; circa 3.000 Mitglieder soll er auf diesem Wege auch für den MPF gewonnen haben. (Wir berichteten ausführlich in AN.) Deshalb, weil de Villiers ihm also potenziell gefährlich zu werden drohte, richtete Le Pen wohl auch das Bündnisangebot an ihn.

Im Moment hat sich dieses Problem allerdings tendenziell erledigt: Laut allerjüngsten Umfragen dümpelt Philippe de Villiers bei nur 2 Prozent der Stimmabsichten in der Wählergunst dahin, während Le Pen irgendwo zwischen 10 und 15 Prozent steht. Deshalb verkündete der Rechtskatholik und Graf de Villiers (bzw. sein Generalsekretär Guillaume Peltier, der selbst von 1998 bis 2001 der Jugendorganisation des FN angehörte) Anfang Juli auch, nunmehr werde er sich nicht mehr vorrangig um die Stimmen ehemals rechtsextremer Wähler bemühen, sondern eher um bürgerlich-konservative Milieus; Peltier nannte konkret Mittelständler, die Jägerlobby „und allgemein die Landbevölkerung“. (Vgl. ‚Le Monde‘ vom 12. Juli: „De Villiers erntet nicht die Früchte seiner Radikalisierung.“) Das hinderte de Villiers freilich nicht daran, am Wochenende des 8./9. Juli auf Sympathiewerbe-Tournee durch bisherige Hochburgen des FN zu ziehen (in Aix-en-Provence und Perpignan bemühte er sich um die Stimmen ehemaliger Algerienfranzosen; vgl. ‘Libération’ vom selben Datum). Und in einem Interview mit der Boulevardzeitung ‘France Soir’ den politischen Unterschied zum FN-Chef so zu benennen: „Le Pen ist (d.h. verkörpert, Anm. AN) die Vergangenheit, ich bin die Zukunft“ (Ausgabe vom 8. Juli).

Philippe de Villiers möchte auf jeden Fall zur Präsidentschaftswahl kandidieren, und erklärte sich klar nicht interessiert am Angebot Le Pens für eine politische Allianz. Zumal die Ausgangsbedingung, die der FN-Chef aufstellte, lautete, dass es eine „Einheitskandidatur“ – natürlich die seinige – der „Union der Patrioten“ zur Präsidentschaftswahl geben könne. Hinterher könne man dann über die Aufteilung der Wahlkreise zur Parlamentswahl miteinander reden...

Bruno Mégret dagegen zeigte sich an Le Pens Bündnisangebot interessiert. Er dürfte auch keinerlei andere Wahl haben: Angesichts des Schuldenbergs, auf dem das gescheiterte Parteigründungsprojekt MNR sitzt, kann der Mann sich Pläne für eine Präsidentschaftskandidatur definitiv abschminken. Bei der vorigen Präsidentschaftswahl hatte Mégret auch nur 2,3 Prozent der abgegebenen Stimmen (im ersten Wahlgang) erhalten.

Hingegen kann der MNR geltend machen, dass es Le Pen an einigen der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für eine Präsidentschaftskandidatur mangeln könne. Um antreten zu können, muss ein Kandidat – circa 14 Tage vor der Wahl – mindestens 500 Unterschriften von Mandatsträgern (vom Bürgermeister bzw. Abgeordneten in einem Bezirksparlament an aufwärts) hinterlegen können. Aufgrund des in Frankreich bei den meisten Urnengängen geltenden Mehrheitswahlrechts haben kleinere, aber auch mittelgroße Parteien damit u.U. bedeutende Schwierigkeiten. Le Pens Kandidatur im Jahr 2002 wäre beinahe an diesem Erfordernis gescheitert.

Zur Zeit hat Le Pen, nach den zur Verfügung stehenden Informationen, „über 300 Versprechen“ für zukünftige Unterstützungsunterschriften (vgl. „Le Monde“ vom 3./4. September). Das dürfte nicht genügen. Deswegen überlegt die Partei bereits, einen Brief an die Bürgermeister und die Öffentlichkeit aufzusetzen – in dem explizit festgehalten würde, dass jene, die „im Namen der Demokratie“ ihre Unterschrift abgeben, damit auf keinen Fall die Ideen des FN unterstützen.

Bruno Mégret behauptet seinerseits, 150 Versprechen von Unterstützungsunterschriften in die Waagschale werfen zu können. Aber beim größeren Bruder, dem FN, ist man diesbezüglich skeptisch. Vor allem Marine Le Pen (die Tochter des Chefs und nicht unwahrscheinliche Nachfolgerin) und ihre Umgebung machen geltend, dass viele der Unterschriften, die Mégret 2002 gehabt habe und die ihm damals die Kandidatur erlaubten, just von Leuten stammten, „die Le Pen auf keinen Fall im zweiten Wahlgang sehen mochten“. Die also, durch ihre Unterstützung für Mégret, gerade den mit Abstand aussichtsreicheren rechtsextremen Kandidaten hätten schwächen wollen. Im Hintergrund steht allerdings auch die Tatsache, dass gerade die „Modernisierer“ der rechtsextremen Partei – Marine Le Pen und ihr Umfeld, dazu zählt der 36-jährige Generalsekretär des FN Louis Aliot – keinen Bedarf an den „Rassialisten“ (racialistes) verspüren, deren Ideologien ihnen ihr schönes Projekt einer „zeitgemäßen“ und durch die Wirtschaft freundlich betrachteten Partei zerstören könnten. Der MNR schleppt aber wohl immer noch solche Anhänger eines unzweideutigen biologischen Rassismus mit sich herum, die dort zumindest in der Anfangsphase seiner Gründung durch Abspaltung vom FN (1999) in größerer Anzahl waren als beim „klassischen“ FN.

Marine Le Pen (laut „Le Monde“, 1.9.) und Louis Aliot („Libération“ vom 1.9.) predigen deshalb eine Bündnispolitik, die lediglich ein „Rückzugsabkommen zugunsten des bestplatzierten Kandidaten“ für den zweiten Wahlgang vorsieht. Also einen Rückzug des schlechter platzierten Kandidaten der extremen Rechten zwischen dem ersten Wahlgang und der Stichwahl. Um aber in die Stichwahl zu gelangen, muss man die Stimmen von mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten (nicht der abgegebenen Stimmen) in der ersten Runde auf sich vereinigen. Diese Bedingung erfüllte der FN bei der letzten Parlamentswahl 2002 nur in circa 50 Wahlkreisen von insgesamt 577 – der MNR erfüllte sie gar nirgendwo. Die Frage, auf die dieses „Angebot“ antworten soll, wird sich also mutmaßlich überhaupt nicht stellen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Entschädigung für griechische NS-Opfer

Am 28. September 2006 wird vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eine Verhandlung stattfinden, die für alle europäischen NS-Opfer von größter Wichtigkeit ist.

Worum geht es? Das Oberlandesgericht Patras/Griechenland hat über die Entschädigung der Opfer und Hinterbliebenen des Massakers von Kalavryta zu entscheiden, des folgenschwersten Massakers der Deutschen im besetzten Griechenland. Der Prozess in Patras ist eines der vielen in Griechenland derzeit noch anhängigen Verfahren, in denen NS-Opfer auf Entschädigung klagen. In Griechenland wird eine positve Entscheidung derzeit durch ein Urteil des obersten Sondergerichts blockiert, welches Deutschland bei Prozessen von NS-Opfern in Griechenland Staatenimmunität gewährt, daher ruhen viele der Verfahren.

Auf Antrag der Kläger hat das Gericht in Patras im letzten Jahr dem EuGH die Frage vorgelegt, ob sich Deutschland in Fällen von Kriegsverbrechen tatsächlich auf Staatenimmunität stützen darf und ob die griechischen Gerichte entscheidungsbefugt sind. Sollte sich der EuGH der Auffassung der Kläger anschließen, dass nämlich im Fall von Kriegsverbrechen der Grundsatz der Staatenimmunität nicht anwendbar ist, dann wäre der Weg für alle NS-Opfer aus EU-Ländern frei, Deutschland auf Schadensersatz zu verklagen. Umgekehrt, wenn der EuGH Deutschland Staatenimmunität zubilligen würde, wären Klagen im Ausland praktisch nicht mehr möglich.

Mit der zu erwartenden Entscheidung steht also eine Weichenstellung an, die äußerst weitreichend ist. Ein Urteil, dass die Staatenimmunität einschränkt, hätte natürlich auch Auswirkungen für aktuelle und zukünftige Kriege und Verbrechen. Der EuGH hat diese Bedeutung offenbar erkannt und relativ früh eine öffentliche Verhandlung angesetzt.

Außerdem wurde mehreren europäischen Ländern Gelegenheit zur Stellungnahme geboten, nicht nur Deutschland.

AntifaschistInnen wollen auch öffentlich vor Ort präsent zu sein und evtl. eine kleine Kundgebung in Gerichtsnähe durchführen. Näheres zu Ort, Beginn und Ablauf über AK-Distomo Hamburg.

ak-distomo@nadir.org ■

Bundesverband fordert Entschädigung für ausgeschlossene NS-Opfer

Köln. Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat Regierung und Parlament aufgefordert dafür zu sorgen, dass die bisher nicht berücksichtigten Opfergruppen wie ehemalige italienische Militärinternierte und sowjetische Kriegsgefangene entschädigt werden. Diese Opfergruppen, die mehrere hunderttausend Menschen umfassen, waren bei der Entschädigung durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bewusst ausgeschlossen worden. Der Bundesverband fordert außerdem eine Härtefallregelung für diejenigen, die zwar sachlich entschädigungsberechtigt wären, aber aus formalen Gründen abgelehnt wurden.

In weiteren Anträgen beschloss die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes die Forderung, dass die Interessen der Überlebenden auch weiterhin im Vordergrund der Tätigkeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ stehen müssen sowie eine Kampagne zur Unterstützung der NS-Opfer in Osteuropa. Die Neufassung des so genannten „Ghetto-Rentengesetzes“, dessen Anwendung Zehntausende von einer Rentenzahlung ausschließt, war ebenso eine Forderung wie das Verlangen nach regelmäßigen Kurmaßnahmen für alle NS-Opfer.



Die wiedergewählte Vorsitzende Regina Suderland zog in ihrem Sachbericht ein positives Fazit der Verbandsarbeit: sehr gut entwickelt sich das Erzähl- und Begegnungscafé für NS-Verfolgte in Köln, das mittlerweile zu einer festen und intensiv nachgefragten Einrichtung geworden ist. Auch das seit gut einem Jahr laufende Projekt „Anpassung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter“ ist ein großer Erfolg, an den sich Folgeprojekte anschließen werden.

Weitere Informationen:
BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE e.V.
Mailto: info@nsberatung.de ■

Staatsanwaltschaft Dortmund findet keine Täter mehr

Die VVN-BdA NRW erhielt jetzt eine Antwort von der Staatsanwaltschaft Dortmund in Sachen Bestrafung von Kriegsverbrechen der Gebirgstruppe. Diese Antwort (siehe unten) stellt faktisch eine Absage an eine weitere Strafverfolgung der von der VVN und dem AK Angreifbare Traditionspflege benannten mutmaßlichen Kriegsverbrecher dar.

Anders als OStA Maaß es in seinem Schreiben darstellt, hatte die VVN nicht die Strafbarkeit der Mitgliedschaft in der Wehrmacht behauptet, sondern auf überlebende mutmaßliche Täter hingewiesen, die an ganz bestimmten Tagen bestimmten Einheiten angehörten und mutmaßlich an bestimmten Untaten beteiligt waren, wenn sie nicht gerade allesamt im Lazarett oder im Urlaub weilten, womit nicht zu rechnen ist. Es bleibt also erforderlich, auf Ludwigsburg, die Justizminister der Länder und die Staatsanwaltschaften vor Ort weiter zu drängen: Bestrafung der Täter, Entschädigung der Opfer. *Ulrich Sander* ■

Hier der Antwortbrief des Leiters der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund

Az.: 45 AR 37 /06
Ermittlungsverfahren 45 Js 34/64 StA Dortmund wegen Kriegsverbrechen auf der Insel Kefalonia/Griechenland im September 1943
Ihr Schreiben vom 9. 8. 2006
Sehr geehrter Herr Sander,
seit der Wiederaufnahme der Ermittlungen am 12.09.2001 sind hier über 3 500 Personen, darunter auch die von Ihnen benannten, überprüft und – soweit sie noch leben – vernommen worden.

Die Darstellung der übrigen in dem oben genannten Ermittlungsverfahren durchgeführten sehr umfangreichen Erhebungen würde den Rahmen dieser Mitteilung sprengen.

Zur Frage der Anklageerhebung: Diese erfolgt, wenn die Ermittlungen dazu genügenden Anlass bieten. Tatsächlich liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für heute noch verfolgbare Straftaten vor. Es fehlt nur – mit einer Ausnahme – an bestimmten noch lebenden Personen, denen die konkrete Beteiligung an konkreten mordqualifizierten Tötungshandlungen mit der zur Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden kann.

Hinsichtlich der zitierten Ausnahme ist allerdings die bayerische Justiz zuständig, an die die Vorgänge insoweit abgegeben worden sind.

Im Übrigen bemerke ich, dass die Zugehörigkeit zu Wehrmachtseinheiten, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren, für einen strafrechtlichen Schuldvorwurf nicht ausreicht. Das Strafgesetzbuch bestraft die schuldhafte Tat. Das heißt, dass dem einzelnen Täter durch ein Bewertungsurteil über ihn eine Tat zum Vorwurf gemacht werden muss. Zum Begriff der Täterschaft darf ich auf § 25 StGB, zum Begriff der Beihilfe auf § 27 StGB verweisen.

Die Zugehörigkeit zur ehemaligen deutsche Wehrmacht jedenfalls stellt eine Straftat nicht dar.

Mit freundlichen Grüßen
(Maaß) Oberstaatsanwalt

Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert Abschiebungsstopp

HILDESHEIM. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat in einem offenen Brief vom 17. August Niedersachsens Innenminister Schünemann aufgefordert, für langjährig geduldete Flüchtlinge in Niedersachsen einen Abschiebestopp zu erlassen, bis über eine endgültige Bleiberechtsregelung für diese Menschen entschieden ist. Anlass für diesen Appell stellt die drohende Abschiebung von Hunderten langjährig geduldeten Flüchtlingen in den nächsten Wochen dar. Über Parteigrenzen hinweg befürwortet eine breite Mehrheit in Politiker/innen und Gesellschaft inzwischen eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, und auch die Innenminister streiten nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie einer solchen Schlussstrichregelung, über die voraussichtlich die nächste Innenministerkonferenz im November entscheiden wird. Von dieser Regelung könnten rund 15.000 in Niedersachsen geduldete Flüchtlinge profitieren. Sie leben bereits seit etlichen Jahren in Deutschland und sind hier bestens integriert. Die Kinder und Jugendlichen sind zumeist in diesem Land geboren oder seit frühester Kindheit hier aufgewachsen. Der Flüchtlingsrat befürchtet, dass noch vor dem Beschluss einer Bleiberechtsregelung zahlreiche Flüchtlinge, die unter die Regelung fallen würden, zuvor abschoben werden. Gegenwärtig sind Hunderte Flüchtlinge akut von Abschiebung bedroht, deren zwangsweise Ausreise aber eine unerträgliche Härte bedeuten würde. Familien laufen Gefahr, auseinander gerissen zu werden. Die Menschen sollen in Länder zurückkehren, in denen sie eine ungewisse Zukunft in Armut und nicht selten Verfolgung erwartet. Nicht wenige von ihnen sind krank oder traumatisiert. Es ist vollkommen unverständlich und inakzeptabel, wenn Menschen abgeschoben werden sollen, die alle erdenklichen Integrationsleistungen erbracht haben, wenn Kinder und Jugendliche, die oftmals hier geboren wurden und hier zu Hause sind, in ein Land abgeschoben werden sollen, das sie nicht kennen und dessen Sprache sie oft nicht sprechen. Selbst wenn Familien für ihren eigenen Unterhalt seit Jahren sorgen können, werden sie mit Abschiebung bedroht.

Dem Flüchtlingsrat sind zahlreiche solcher Fälle in Niedersachsen bekannt. Dass diese rigorose Abschiebepolitik von vielen Menschen – und nicht zuletzt von etlichen Politikern sämtlicher Parteien – nicht nachvollzogen werden kann und als grausam empfunden wird, ist in letzter Zeit immer deutlicher geworden. In Niedersachsen fordern Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und zahlreiche weitere Organisationen zusammen mit dem Flüchtlingsrat in einem Flüchtlingspolitischen Aufruf ein Bleiberecht.

Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben bereits in Erwartung einer Bleiberechtsregelung einen Abschiebestopp für Personen erlassen, die von solch einer Regelung begünstigt sein könnten. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert in dem Offenen Brief von Innenminister Schünemann, dass er diesen Beispielen folgt.“ *Quelle: Nds. Flüchtlingsrat* ■

Kirche gewährt Flüchtlingsfamilie Asyl in Hoya

HANNOVER. Die Martin-Luther-Kirche in Hoya (Kreis Nienburg) hat am Freitagabend (25.8) die fünfköpfige Familie Nguyen, die aus Vietnam stammt, bei sich aufgenommen. Die Gemeinde gewährt der Familie, die seit 14 Jahren in Hoya lebt und eigentlich am 29.8. nach Vietnam abgeschoben werden soll, das sogenannte Kirchenasyl. ‚Wir werden am heutigen Montag, mit dem Landkreis klären, was nun geschieht’, meinte am Sonntag der Gemeindepastor Andreas Ruh. So sei etwa ungeklärt, ob die ältere Tochter, die das örtliche Gymnasium besucht, weiter zur Schule gehen könne oder nur mit Begleitung. Der Landkreis sei über das Kirchenasyl in Kenntnis gesetzt worden, berichtete der Vater. „Die Familie N. ist christlichen Glaubens“, so die Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Die TAZ scheibt: „Das Schicksal der Vietnamesen beschäftigt mittlerweile die Landespolitik. Der Fraktionschef der FDP, Philipp Rösler, bat Innenminister Uwe Schünemann um einen Aufschub der Abschiebung. Hoffentlich verschaffe das Kirchenasyl „den Beteiligten eine Atempause“, bis die Härtefallkommission, die Mitte September ihre Arbeit aufnimmt, oder eine Bleiberechtsregelung den Nguyens ein Leben in Deutschland ermöglicht. Das Innenministerium betonte, wegen der terminierten Abschiebung könne sich die Härtefallkommission der Familie nicht annehmen. ‚Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg’, entgegnet Jörg Bode, Innenexperte der Landes-FDP. ‚Wenn man wirklich will, dass die Härtefallkommission drüberguckt, geht das auch.‘

In der Nacht zum 29.8.kam die Polizei zur Kirche, um die Familie zur Abschiebung abzuholen, musste jedoch unverrichteter Dinge wieder abziehen. Ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums erklärte, die Familie werde jetzt „zur Fahndung ausgeschrieben“.

Quelle: Nds. Flüchtlingsrat, TAZ 29.08.06 - bee ■

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch für Papierlose: EGB zur Debatte um illegale Zuwanderung

BRÜSSEL. Grundlegende Arbeitnehmerrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) Ende Juli 2006 für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem rechtlichen Status gefordert und ausdrücklich auch so genannte Illegale darin einbezogen.

Angesichts der Aufdeckung eines Lagers in Süditalien, in dem polnische Beschäftigte wie Zwangsarbeiter gehalten wurden, erklärte der EGB Generalsekretär John Monks: „Wir sind schockiert, dass solche Ereignisse sich auf dem Boden der EU zutragen können. Das sollte ein Weckruf ebenso für die Regierenden in den Mitgliedstaaten und der EU als auch für Arbeitgeber und Gewerkschaften auf allen Ebenen sein, der zeigt, dass die gegenwärtigen Politiken und Maßnahmen auf die falschen Themen zielen und weitgehend wirkungslos sind, um Menschen vor Ausbeutung zu schützen.“

Mit Bezug auf die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung illegaler Migration ergänzte Monks: „Wir stimmen mit der Kommission überein, dass die Mitgliedstaaten härter mit Arbeitgebern und anderen, die von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen profitieren, umgehen sollen. In dem Herangehen der Kommission vermissen wir aber jeglichen Hinweis auf die Wichtigkeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Menschenrechte von Wanderarbeitern zu überprüfen und durchzusetzen. Dies ebenso wie die Aufforderung an die Arbeitgeber und ihre Verbände, eine unzweideutigere Haltung in dieser Frage an den Tag zu legen.“

Laut EGB ist es eine Illusion der Mitgliedstaaten zu glauben, das Problem der illegalen Zuwanderung könne durch Schließung der Grenzen und Durchsetzung repressiver Maßnahmen gelöst werden.

Stattdessen fordert der EGB eine aktivere Sozialpolitik und ihre Durchsetzung in der EU, damit eine unfaire Konkurrenz zwischen Unternehmen und Mitgliedstaaten auf Kosten der Arbeitnehmerrechte verhindert werden kann. Gleichzeitig müsse anerkannt werden, dass jeder Mensch – mit regulären Papieren oder nicht – als Mensch geachtet und respektiert werden muss und ihnen die-

selben grundlegenden Schutzrechte zustehen wie allen anderen Bürgerinnen und Bürgern auch, etwa menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Vereinigungsfreiheit, Schutz vor Zwangsarbeit.

Quelle: DGB Bildungswerk „Europa-Mobil 2006“ ■

Regierungspräsidium will Serif Akbulut mit Privatjet abschieben

HANAU/MAIN-KINZIG-KREIS. Das Regierungspräsidium Darmstadt (RP) scheut offenbar keine Kosten, wenn es um die Durchsetzung der Abschiebung von Serif Akbulut aus Schlüchtern geht. Herr Akbulut hatte bisher drei Abschiebeversuche durch verbalen Widerstand verhindert. (siehe AN 17-06) Bei der Verhandlung am vergangenen Montag über die Fortdauer der Abschiebehaft des 20-jährigen Kurden vor dem Hanauer Landgericht erklärten die Richter, sie hielten die vom Amtsgericht erlassene Haftverlängerung von drei Monaten für unverhältnismäßig. Daraufhin kündigte das RP an, die Abschiebung innerhalb von zweieinhalb Wochen mit einem Privatjet durchführen zu wollen. Kosten: etwa 25.000 Euro.

„Das Regierungspräsidium scheut offenbar keine Kosten, wenn es um die Abschiebung von Flüchtlingen geht. Das ist Abschiebung um jeden Preis,“ kommentiert Herwig Putsche, Sprecher des Hanauer Bündnisses für Bleiberecht diese Entwicklung, „und ein schon grotesk anmutendes Machtspiel auf Kosten der Menschlichkeit: kurz vor einer kommenden Bleiberechtsregelung wird ein gut integrierter junger Mann mit einem Privatjet noch schnell außer Landes geschafft.“

Verantwortlich sei letztlich der hessische Innenminister Volker Bouffier, der einerseits eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlingsfamilien fordere, die ihm unterstellten Behörden aber angewiesen habe, diese Menschen „gnadenlos abzuschieben.“

Im Fall Akbuluts und seiner kranken Eltern ist eine Petition beim Hessischen Landtag anhängig. Diese wird mittlerweile von so vielen Menschen unterstützt, dass auf der Webseite des Petitionsausschusses eigens eine „Information zur Petition für Familie Akbulut“ veröffentlicht wurde. In der Regel werden Abschiebungen während einer laufenden Petition ausgesetzt. Nicht so im Fall von Serif Akbulut: auf Antrag des hessischen Innenministeriums auf Durchführung eines „Eilverfahrens“ entschied der Petitionsausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP, dass Akbulut dennoch abgeschoben werden könne.

Das Bündnis für Bleiberecht kämpft weiter für die Familie Akbulut und 17 andere geduldete Familien im Main-Kinzig-Kreis. Putsche und seine Mitstreiter/innen rufen nun Funktionsträger in der hessischen Politik und Gesellschaft dazu auf, auf das Regierungspräsidium sowie das Innenministerium mäßigend einzuwirken und „diesen Irrsinn“ endlich zu stoppen.

Zusätzlich seien 20.000 Postkarten gedruckt worden, von denen die Hälfte bereits verteilt sei. Adressat: der hessische Innenminister. Er wird gebeten, „dafür zu sorgen, dass der 20jährige Kurde Serif Akbulut aus der Abschiebehaft entlassen wird.“ Und: „Stoppen Sie die Abschiebung geduldeter Flüchtlinge bis zur angekündigten Bleiberechtsregelung!“

Abschiebungen per Privatjet

Zu diesem kostenintensiven Mittel wird in der Regel nur dann gegriffen, wenn den Behörden eine Abschiebung mit Passagiermaschinen auch nach mehreren Versuchen nicht gelingt. Ein Vorreiter war die Stadt Hamburg. So schob die dortige Ausländerbehörde im Jahr 2000 einen Liberianer ab, die eigens für ihn und die begleitenden Polizisten gecharterte Maschine kostete damals 71.000 DM. Zuvor waren bereits drei Flüchtlinge aus Gambia mit einem Privatjet für 108.000 DM abgeschoben worden, es folgten Flüge nach Afrika für 115.000 und 83.500 DM. Als Rechtfertigung für diese immens teuren Maßnahmen dienen meist Hinweise auf Straftaten der Abgeschobenen.

Das Land Hessen hatte vor einigen Jahren zwei Kleinmaschinen geordert, die zwei Familien von Staatenlosen aus Rumänien vom Flughafen Kassel-Calden befördern sollten. Kostenpunkt 15.000 DM pro Maschine. Aufgrund der großen Unterstützung der Familien durch die Bevölkerung wurde das Vorhaben in letzter Minute gestoppt.

Im bisher spektakulärsten Fall einer Abschiebung mit Learjet wurde der islamische Sektenführer Metin Kaplan 2004 für 26.000 Euro über den Flughafen Düsseldorf in die Türkei abgeschoben. Ihm waren Morddrohungen und „Hasspredigten“ vorgeworfen worden.

Die Abschiebung Serif Akbuluts mit einer Chartermaschine dürfte ebenfalls rund 25.000 Euro kosten. Straftaten werden ihm nicht vorgeworfen. Er gilt als gut integriert.

Bündnis für Bleiberecht Hanau
Email: df.hanau@gmx.de
www.bleiberecht.info
www.freiheit-fuer-serif.tk
Kampagne "Hier geblieben!"
www.hier.geblieben.net ■

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

„Tote und Verletzte bei Kämpfen in Südafghanistan“ (22.8.); „Neuer Anschlag auf Bundeswehr in Afghanistan“ (22.8.); "Al Kaida meldet sich zurück“ (21.8.); „Außenminister Steinmeier nach Afghanistan gereist, um sich über neu ausgebrochene Gewalt zu informieren“ (20.8.); „Auswärtiges Amt warnt vor Reisen nach Afghanistan“ (17.8.); „Überfall auf Arzt und Krankenschwestern in Südafghanistan“ (17.8.) „Gewalt in Afghanistan kostet mehr als 15 Menschen das Leben“ (14.8.); „UN-Beauftragter: Lage in Afghanistan bleibt kritisch“ (7.8.); „Bundeswehr in Afghanistan darf zwei Monate keinen Besuch empfangen“ (7.8.); „Kinder sterben bei Angriff auf ISAF-Soldaten in Afghanistan“ (5.8.)... – So oder ähnlich lauten seit Monaten die Schlagzeilen über Af-ghanistan, und dies war nur eine kleine Auswahl aus über 40 ähnlichen Meldungen allein der letzten zwei Wochen!

Die deutschen Innenminister und -senatoren ficht das nicht an: Seit über einem Jahr werden jede Woche afghanische Flüchtlinge – oftmals Menschen, die seit Jahren hier leben und voll integriert sind – von Frankfurt nach Kabul abgeschoben und sind dann auf sich allein gestellt, in einem kriegszerstörten Land ohne Haus, ohne Wohnung, bei 80 – 90 % Arbeitslosigkeit, ihr Überleben zu organisieren.

Hamburgs Innensenator Nagel spielte dabei den Vorreiter und will jetzt noch eins draufsetzen, indem er (nach allein stehenden Männern und kinderlosen Ehepaaren, die bisher von den Abschiebungen betroffen waren) auch Familien mit Kindern nach Afghanistan abschieben will! – Kinder, die hier zur Schule oder in den Kindergarten gehen, die deutsche Freundinnen und Freunde haben, werden von der Polizei abgeholt und in ein Land verfrachtet, dessen Sprache sie nicht oder kaum sprechen, in elende und kaum beschreibbare Lebensumstände.

Die Zukunftsperspektiven der abgeschobenen Familien, beschränken sich ausschließlich aufs nackte Überleben. Bildungschancen oder berufliche Aussichten für jetzt noch hier in Hamburg Heranwachsende, sind illusorisch angesichts des in Afghanistan immer drastischeren, von Jahr zu Jahr wachsenden, unglaublichen Elends der Bevölkerung. (Das Motto der vergangenen Jahre „Afghanistan braucht Rückkehrer zum Aufbau des Landes“, ist mittlerweile angesichts riesiger Flüchtlingslager und Millionen von RückkehrerInnen längst ad absurdum geführt.)

Die gesellschaftliche und gesetzliche Situation von Mädchen und Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban kaum geändert: Gesellschaftlich gilt für Mädchen und Frauen nach wie vor der Eigentumsanspruch des Mannes. Mädchen, die hier aufgewachsen sind, finden sich in einer archaisch-islamistischen Gesellschaftsordnung wieder, in

Online-Aktion: „Machen Sie mit bei der Kampagne für die Schließung der Aufnahmelager für Migranten in Europa! Unterzeichnen Sie diese Petition!“

Die Einwanderung ist in diesen Tagen eines der Hauptthemen auf der Agenda der Europäischen Union. Bald wird das Europäische Parlament die Debatte über einen Vorschlag für eine Richtlinie über ‚gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger‘ aufnehmen.

Die vorgeschlagene Richtlinie gilt für sämtliche Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in einem der Mitgliedstaaten aufhalten, und lässt die Gründe für ihren vorschriftswidrigen Status völlig außer



Acht. Aus dem Inhalt des Vorschlags geht eindeutig hervor, dass die Kommission zur Regelung des ‚Migrationphänomens‘ einen repressiven Ansatz verfolgt und sich dabei auf die ‚Bekämpfung der illegalen Einwanderung‘ konzentriert.

Der Vorschlag enthält viele zu beanstandende Punkte. Insbesondere möchten wir auf die Institutionalisierung des Verwaltungsgewahrsams in Aufnahmelagern hinweisen. Mit dieser Rechtsvorschrift dürfte diese Form der Haft auf bis zu sechs Monate ausgedehnt werden.

■ Die Bedingungen in Aufnahmelagern für Migranten sind denen in Gefängnissen sehr ähnlich, manchmal sogar noch schlechter. Nach Besichtigungen von Aufnahmelagern haben nichtstaatliche Organisationen, internationale Einrichtungen, parlamentarische Delegationen und Journalisten die widerrechtlichen, unmenschlichen und erniedrigenden Zustände an diesen Orten beklagt, wo vielfach Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt werden und gegen Migranten Gewalt angewandt wird.

■ Verwaltungsgewahrsam ist rechtlich absurd, denn er beinhaltet strafrechtliche Sanktionen (Haft) für Ordnungswidrigkeiten wie die illegale Einreise in ein Staatsgebiet oder das bloße Ablaufen der Gültigkeit von Visa und Aufenthaltserlaubnissen. Da die Dauer des ‚vorläufigen Gewahrsams‘ auf bis zu sechs Monate verlängert werden kann, darf er nicht mehr als ‚vorläufig0145 gelten. Dieses Instrument ist nicht geeignet, die illegale Einwanderung einzudämmen, und auch für die Identifizierung von Migranten ineffektiv.

■ Aufnahmelager sind häufig auf undurchsichtige Weise betriebene Anlagen, zu denen Menschenrechts- und Migrantenorganisationen oft keinen Zutritt erhalten. Der Richtlinie zufolge sollen Besichtigungen von den Mitgliedstaaten genehmigt werden.

In den 25 Mitgliedstaaten gibt es 174 Aufnahmelager, weitere Lager sind in Bewerberländern oder angrenzenden Ländern errichtet worden.

Mit Blick auf die Debatte im Parlament, die in wenigen Monaten beginnen soll, möchten wir ‚zusammen mit den auf diese Frage spezialisierten Organisationen‘ eine europaweite Kampagne für die Schließung aller Aufnahmelager für Migranten in Europa durchführen.

Um an der Kampagne mitzuwirken oder sie einfach zu unterstützen (Organisationen oder Einzelpersonen), füllen Sie auf unserer Website die entsprechenden Felder aus. Die auf dieser Website gesammelten Unterschriften werden an die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten weitergeleitet. Sie sollen zeigen, dass Einzelpersonen und die Zivilgesellschaft damit ein starkes Signal an die Verantwortlichen in der EU senden, indem sie die Schliessung der „Auffanglager für Flüchtlinge“ wie Lampedusa und Melilla fordern.

Ihre Unterschrift wird der Liste der Unterzeichner auf der Seite „View current signtories“ auf dieser Webseite hinzugefügt. Ihre Email-Adresse wird auf dieser Seite weder vermerkt, noch weitergeleitet noch in irgendeiner anderen Art und Weise verteilt .

http://www.keine-festung-europa.eu/

---

der Zwangsverheiratungen von Minderjährigen nicht die Ausnahme sondern die Regel sind, wo vergewaltigte Frauen als Schuldige statt als Opfer gelten, wo nach wie vor zuerst der Mann Anspruch auf medizinische Behandlung (wenn überhaupt möglich), Bildung etc. vor „weiblichen Wesen“ hat, usw., usf.

Es liegt an jedem Einzelnen von uns, ob wir uns heute für das Leben unserer afghanischen MitschülerInnen, Freunde, Nachbarn und MitbürgerInnen einsetzen oder nicht. Jedes Protestschreiben an den Innensenator hilft ein Stückchen.

Infos unter: www.netzwerk-afghanistan.info ■

Die inhumane deutsche Abschiebepolitik trifft aber nicht nur Afghaninnen und Afghanen, ebenso und schon lange auch Flüchtlinge aus Afrika, aus Kurdistan, aus Ex-Jugoslawien, Osteuropa und Asien. Menschen, die hier unter uns leben, werden nachts aus den Betten geholt und in Länder verfrachtet, wo sie nur Not, Elend und Tod erwartet! – Es wird Zeit, sich gemeinsam dagegen zur Wehr zu setzen!

Gegen Abschiebungen, gegen Lagerunterbringung, für Bleiberecht, Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle! Unter diesen und anderen Forderungen findet am 7.10.06 in vielen Ländern Europas und Afrikas ein Internationaler Migrations-Aktiontag statt, beschlossen auf dem Weltsozialforum in Bamako und dem Europäischen Sozialforum in Athen im Mai 2006. In Hamburg soll an diesem Tag, 7.10.,14.00 Uhr, Hauptbahnhof eine große Demonstration für die Rechte aller Flüchtlinge u. MigrantInnen stattfinden.

Flüchtlingsrat HH ■

Asylrecht für Samine Bachari und ihre 3 Kinder!

LUDWIGSHAFEN. Frau Samine Bachari, Iranerin, ist 47 Jahre alt und lebt als alleinerziehende Mutter mit ihren drei Kindern seit April 2001 in Deutschland. In 17 Jahren Ehe waren Frau Bachari und ihre Kinder regelmäßig Schlägen und körperlicher Gewalt durch den Ehemann ausgesetzt. Frau Bachari freundete sich mit einem anderen Mann an. Ehebruch berechtigt im Iran einen Ehemann, seine Ehefrau zum Tode verurteilen zu lassen durch Steinigung. Frau Bachari blieb, um ihr Leben zu retten, kein anderer Ausweg, als das Land zu verlassen. Ihr Ehemann lässt sie bis heute durch die Polizei suchen.

Frau Bachari und ihre Töchter sind Mitglied der „Constitutionalist Party of Iran, CPI“. Die CPI setzt sich ein für eine föderale Republik Iran, in der durch ein Volksreferendum über eine neue iranische Verfassung entschieden wird. Die CPI ist im Iran verboten. Vor kurzem erhielt Frau Bachari für sich und ihre drei Kinder einen Abschiebebescheid für den 22. September 2006. Sie hat sich an unseren Frauenverband Courage gewandt mit der Bitte um Hilfe. Uneingeschränktes Asylrecht für Frau Bachari und ihre Kinder! Aufhebung des Abschiebebescheids für den 22. September 2006 – Abschiebung bedeutet in diesem Fall Folter und Tod. Anerkennung frauenspezifischer Verfolgung als Asylgrund!

Solidaritätserklärungen, Hilfsangebote an:

Frauenverband Courage e.V., courage-ma@freenet.de ■

Naher Osten – Waffenruhe, aber kein Frieden in Sicht

Wenige Tage nach Verabschiedung der UN-Resolution 1701 gab US-Präsident eine Grundsatzerklärung zur Außenpolitik ab, die sich ausschließlich mit dem Nahen und Mittleren Osten befasste, und zwar unter den Stichworten des „globalen Kriegs gegen den Terror" und seinen „drei Fronten" Irak, Afghanistan und aktuell vor allem Libanon.[1]

Die Rede ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Erstens legte Bush die UN-Resolution 1701 in einer Weise aus, als ginge es dabei lediglich um die Durchsetzung der Ziele, die militärisch nicht durchgesetzt wurden, vor allem um die Entwaffnung der Hisbollah und die Stationierung einer „schlagkräftigen internationalen Truppe".[2] Zweitens bekräftigte er die Fortsetzung der, wie er es nannte, „zukunftsorientierte[n] Strategie der Freiheit" im Nahen und Mittleren Osten. Drittens brandmarkte er Iran und Syrien als die eigentlich Verantwortlichen des Libanon-Konflikts – angesichts der Ankündigung, in der „Offensive" bleiben zu wollen, eine unverhohlene Drohung. Schließlich stellte er den Krieg im Libanon in genau diesen strategischen Zusammenhang und bestätigte damit die Kritik, die USA und die großen EU-Staaten hätten Israel förmlich in den Krieg gestoßen.[3]

Unerwarteter Kriegsverlauf

Der Krieg hat die USA und die anderen Nato-Mächte auf dem Weg zu einem „Greater Middel East" nicht vorangebracht, sondern eine unerwartete Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Tage treten lassen. Israel war in diesem asymmetrischen Krieg weit davon entfernt, die gesteckten Ziele zu erreichen. Weder durch die Bombardements bei drückender Luftüberlegenheit noch durch den massiven Einsatz von Landstreitkräften ist es der modernsten und am besten ausgerüsteten Armee des Mittleren Ostens gelungen, die Waffenstellungen, die Führung und die Infrastruktur der Hisbollah auszuschalten. Im Gegenteil, Israel hat herbe Verluste erlitten. Einige Orte konnte die Armee nur nach manchmal tagelangen verlustreichen Gefechten erobern, andere gar nicht. Obwohl die Armee Soldaten mit Hubschraubern absetzen ließ, hat sie den Litani-Fluss, hinter den sie die Hisbollah treiben wollte, nicht erreicht. Bei Eintreten des Waffenstillstandes befanden sich viele Trupps in einer prekären Situation, auf vorgeschobenem Posten, ohne sichere Nachschubverbindungen, umzingelt von zäh kämpfenden Gegnern. Die Zivilbevölkerung im Norden Israels litt bis zum letzten Tag der Kämpfe unter den Raketenangriffen der Hisbollah. Auch wenn die Opfer unter den libanesischen Kombattanten und der Zivilbevölkerung weit höher sind und die Verheerungen im Libanon weitaus schlimmer ausfallen: Es kamen auch über 150 Israelis ums Leben, 6000 Häuser wurden beschädigt oder zerstört, über 1,5 Millionen Israelis lebten zeitweise in Schutzräumen oder auf der Flucht.

Unterschiedlichen Berichten zufolge nimmt die Kritik in Israel am Krieg, an der Kriegsführung und an der Waffenruhe zu. Die Rechte, die sich zunächst vorbehaltlos hinter die Regierung gestellt hatte, sieht „Verrat" am Werk. Uri Avnery schreibt in einem Kommentar von einem Zustand des „Schocks und der Desorientierung", in dem sich die israelische Öffentlichkeit befinde. „Gerechtfertigte und ungerechtfertigte Anklagen kommen aus allen Richtungen, und man kann nicht voraussehen, wie sich die Sache weiter entwickeln wird."[4]

Gideon Levy bringt in der Zeitung Ha'aretz die Hoffnung und Warnung linker israelischer Kriegsgegner zum Ausdruck: „Wenn Israel die Schlachten mit einem leichten, überwältigenden Sieg gewonnen hätte, um den die Israelis so sehr gebetet hatten, so hätte dies der israelischen Sicherheitspolitik enormen Schaden zugefügt. Noch ein Knall-auf-Fall-Sieg hätte für uns eine Katastrophe bedeutet. Macht- und siegestrunken würden wir versucht haben, unsere Erfolge in anderen Arenen fortzusetzen. Ein gefährliches Feuer würde die Region gefährden, und keiner weiß, wie das enden mag. (…) Der Erfolg hätte uns wahnsinnig gemacht. Die USA würde uns in eine militärische Kollision mit Syrien getrieben haben, und siegestrunken wären wir in großer Versuchung gewesen. Der Iran wäre das nächste Ziel gewesen. (…) Israel wird jetzt hoffentlich zweimal darüber nachdenken, bevor es in ein noch gefährlicheres militärisches Abenteuer schliddert."[5]

Eu-/Nato-Grenzkrieg droht

Aufgrund des Kriegsverlaufs ist es nicht gelungen, die Nato direkt im Libanon zu stationieren und damit im Nahen Osten in Stellung zu bringen. Aber bei dem Versuch, eine „schlagkräftige internationale Truppe" auf die Beine zu stellen, zeichnet sich inzwischen Folgendes ab: Die UN-Truppe im Libanon (Unifil) wird auf 15.000 Soldaten aufgestockt und mit einem „robusten Mandat" ausgerüstet. Davon werden voraussichtlich um die 8000 Soldaten von EU-Mitgliedstaaten gestellt. Nicht Frankreich, sondern Italien wird vo-



raussichtlich die Führung übernehmen, unter der Bedingung, dass sich die EU beteiligt. Das italienische Kabinett hatte vor dieser Wendung bereits die Beteiligung an der Truppe einstimmig beschlossen, von ca. 3000 Soldaten ist die Rede (FAZ, 18.8.). Nimmt man hinzu, dass vor allem Spanien ein größeres Kontingent schicken will, dass die griechische Regierung die Bereitstellung von Soldaten wohlwollend prüft, dass sich die EU ganz besonders um die Beteiligung der Türkei bemüht[6], die 1.500 Soldaten zu entsenden erwägt, und dass die deutsche Bundesregierung eine „bedeutende maritime Komponente" zur Kontrolle der gesamten libanesischen Küstenlinie, also der Seeseite angeboten hat, dass darüber hinaus Israel alle Entsendungsangebote von Staaten aus dem islamischem Kulturkreis mit Ausnahme der Türkei ablehnt, werden die Konturen der Nato-Strategie deutlich: Mit der Entsendung einer solchen UN-Truppe droht der Libanon-Konflikt, laut Bush „Teil eines umfassenderen Kampfes zwischen Freiheit und Terror" und dritte „Front des globalen Kriegs", zu einem lang andauernden EU- bzw. Nato-Grenzkrieg auszuweiten, dessen Ausgang ungewiss ist.

Tiefe Krise

Auch wenn von „globalem Krieg", genauer einem Weltkrieg (noch) nicht gesprochen werden kann, ist kaum zu bestreiten, dass das Zusammenleben auf der Welt von einer tiefen und sich verschärfenden Krise ganz erheblich gestört ist. Von dieser Krise bleiben die Gesellschaften nicht unberührt, von denen die Störung maßgeblich mit ausgeht.

Die jüngsten Ereignisse in Großbritannien und der BR Deutschland stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklung an den „drei Fronten" im Nahen und Mittleren Osten und mit dem, was der US-Präsident die „zukunftsorientierte Strategie der Freiheit" nennt.

Dass junge Männer so vollständig die Orientierung verlieren, dass sie Flugzeuge über Großstädten explodieren lassen wollen, um eine möglichst große Zahl von Menschen zu töten, oder Regionalzüge in Brand zu setzen versuchen, bedarf der Erklärung, wenn man sich nicht von der Propaganda der Schlacht der zivilisierten Welt gegen die Achse des Bösen und den rassistischen Feindbildern mitreißen lassen will.[7]

Die jetzt in Großbritannien unter Anklage gestellten Tatverdächtigen sind ganz überwiegend junge Einwanderer zwischen 17 und 35 mit guter Schulbildung und in materiell gesicherten Verhältnissen lebend, sie kommen aus, wie es heißt, „integrierten Einwandererfamilien". Der seit letztem Jahr in der BRD lebende und in Kiel verhaftete junge Libanese war nicht, wie zunächst berichtet, Student der Mechatronik, sondern hat gerade das Studienkolleg zur Vorbereitung seines Studiums erfolgreich abgeschlossen und hätte mit dem Studium beginnen können. Es handelt sich hier wie dort – und Entsprechendes lässt sich auch von den Attentätern des 11.9. sagen, die zuvor in Hamburg lebten – nicht um Marginalisierte, nicht um Opfer der Modernisierung, sondern um Menschen, die sich offensichtlich auf die Moderne eingelassen, ihr Regelwerk adaptiert hatten und ihre Erwartungen entsprechend ausrichteten – und sich brutal zurückgewiesen sahen.

Auf ein Schlüsselproblem wiesen kürzlich in einem offenen Brief an die britische Regierung zahlreiche islamische Organisationen (die seit über einem Jahr mit der Regierung in einem Dialog stehen) sowie drei der vier islamischen Unterhausabgeordneten und drei der vier islamischen Lords des Oberhauses hin: Die Unterzeichnenden forderten die Regierung unter Hinweis auf den Irakkrieg und die ausbleibenden Anstrengungen zur Beendigung der Bombardierung der Zivilisten im Libanon auf, ihre Außenpolitik zu ändern, um deutlich zu machen, dass sie das Leben von Zivilisten wertschätzt, egal wo sie leben. Dass die zivilen Opfer der verschiedenen Gesellschaften verschieden gezählt werden, die einen ins Gewicht fallen und die anderen als Kollateralschäden billigend ein Kauf genommen und abgetan werden, spricht dem Gleichheitsgrundsatz Hohn, auf den sich die Moderne beruft. Nichts macht die Zurückweisung, die Ausschließung deutlicher. Die kühle Antwort der britischen Regierung auf den offenen Brief, die den Zusammenhang zwischen Außenpolitik und Terrorismusproblem als „größtmöglichen Irrtum" abtat, und die hetzerischen Kommentare in westlichen Medien, die seinen Unterzeichnern „Erpressung" vorwarfen, setzen der verblendeten Arroganz der Macht ein Denkmal. Auf diesem Boden gedeiht der Hass.

Dass das tief verletzte Gerechtigkeitsgefühl junger Muslime in Fundamentalismus und Terror umschlägt, ist nicht zwangsläufig, und letztlich hat jeder die Wahl. Aber das gilt für alle, und es liegt an uns, an der Linken, der Friedensbewegung, den Organisationen der Zivilgesellschaft, die Entfesselung des „globalen Kriegs" und die Mitwirkung der BRD zu verhindern. *scc* ■

Anmerkungen

1 George W. Bush erörtert amerikanische Außenpolitik, dokumentiert in einer Übersetzung des Amerika-Dienstes der US-Botschaft in Deutschland unter: www.friedensratschlag.de

2 Die Resolution, die in deutscher Sprache unter www.friedensratschlag.de dokumentiert ist, spiegelt dagegen durchaus einerseits den Kriegsverlauf, andererseits widersprüchliche Auffassungen der Veto-Mächte zum Nahost-Konflikt wider. Bei aller Einseitigkeit hebt sie schließlich auch ab auf einen „umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage aller seiner einschlägigen Resolutionen …, namentlich der Resolutionen 242 (1967) … 338 (1973) … und 1515 (2003) …", das heißt auf die gesicherte Existenz eines palästinensischen Staates und Israels in den Grenzen von 1967.

3 Fanny-Michaela Reisin, israelische Friedensaktivistin und Mitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, erklärte am 3.8. im Deutschlandfunk zu den Ursachen des Krieges: „Ich selber habe jetzt seit längerer Zeit – ich glaube seit zwei Jahren, gut zwei Jahren – das Projekt der USA und auch natürlich der großen Länder der EU – namentlich Bundesregierung, Großbritannien und Frankreich – verfolgt, das eine neue Weltordnung zum Ziel hat. Und Teil dieser neuen Weltordnung ist ein Projekt mit dem Namen ‚Greater Middle East', und da geht es doch nicht nur um Stabilität, sondern schon um eine Vormachtstellung der G-8-Staaten und der NATO in der Region."

4 Uri Avnery, Vom Wahn zur Depression, ZNet 16.8.

5 Gideon Levy, Die positive Seite des Scheiterns, Ha'aretz, ZNet 13.8.06

6 Siehe u.a. Tagesspiegel, 21.8., NZZ, 22.8.

7 Dabei kommt es zu furchtbaren Erscheinungen. In der vergangenen Woche weigerten sich mehrere Familien, in das Flugzeug einzusteigen, das 150 Urlauber von Malaga nach Manchester zurückbringen sollte, bevor nicht zwei junge Männer „asiatischen Aussehens" aus dem Flugzeug entfernt würden, die verdächtig aussähen. Die Fluggesellschaft gab nach, die beiden wurden aus dem Flugzeug geholt, stundenlang von der spanischen Polizei verhört und konnten erst danach mit einem späteren Flug die Heimreise antreten.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Hupka: „Gardemaß, gertenschlank …"

Junge Freiheit Nr. 36/06, 1.9.06

Da wir keinen Nachruf auf Herbert Hupka schreiben möchten, sei vielleicht darauf verwiesen, wie die rechtsextreme Junge Freiheit diesen Rechtsaußen in höchsten Tönen lobt:

„Gardemaß, gertenschlank, mit schneeweißem Haar, knapp gestutztem Schnurrbart und meist eiligem, federndem Schritt – so war er über viele Legislaturperioden auf den Fluren des Bundestages anzutreffen. Daß er ein Lebensjahrzehnt zum nächsten fügte, sah man ihm nicht an. Wenn Anpassungsbereitschaft Politiker kennzeichnet – dann war Herbert Hupka keiner. Er konnte für sich das Motto der Garde in Anspruch nehmen: Semper talis – immer der gleiche. Ob er noch der SPD-Fraktion oder schon der CDU-Fraktion angehörte, war dafür belanglos. Zu den Themen, die ihm wichtig waren, das Schicksal des geteilten Deutschland, dass der Vertriebenen, insbesondere aber das der Schlesier, war sein Standpunkt unverrückbar. Hupka hielt am Anspruch auf die nationale Einheit und auf Heimat fest. Am 24. August ist er nach einem Sturz im Alter von 91 Jahren gestorben."

Auf einer der folgenden Seiten interviewt Moritz Schwarz den jahrelangen Weggefährten und heutigen Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesiens, Rudi Pawelka. Zu den finanziellen Fördermitteln durch die Bundesregierung erklärt er:

„Wir bemerken immerhin ein freundlicheres Klima seit dem Regierungswechsel. Entscheidend aber wird sein, ob zum Beispiel die Streichung auf dem Sektor der Kulturförderung der Vertriebenen in den sieben Jahren Rot-Grün rückgängig gemacht wird. Auch das läßt sich noch nicht abschließend beurteilen ..."

Pawelka ist auch der Aufsichtsratsvorsitzende der sogenannten „Preußischen Treuhand", die eine Entschädigung für deutsche Kriegsgefangene fordert. Auf sein „persönliches Zerwürfnis", so die Junge Freiheit, mit der Vorsitzenden des Bundesverbandes der Vertriebenen, Erika Steinbach, angesprochen, erklärt Pawelka:

„Die von Frau Steinbach gegen mich angestrengte Klage ist am 23. Mai vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht abgewiesen worden. Der Gegensatz zu Frau Steinbach ergibt sich gegenwärtig aus der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung. Während sie die Erinnerungskultur – Stichwort ZgV – in den Mittelpunkt stellt, möchte ich gerne die ungelösten Fragen angehen – eben wie vorstehend genannt: Eigentumsfrage, Beutekunst, Zwangsarbeit und deutsche Volksgruppen in der Heimat ..."

Auf die Aussstellung „Erzwungene Wege" der Stiftung des Zentrums gegen Vertreibung angesprochen, erklärt Pawelka: „Offenbar wird die Schau den Ansprüchen an die historische Wahrheit gerecht. Es finden sich zum Beispiel wohl keine der sonst üblichen Verkürzungen auf die ‚Ursache Hitler' als Grund für die Vertreibung. Dass die Wahrheit kompliziert ist, wird unter anderem auch durch die Erwähnung der Vertreibung der finnischen Ostkarelier 1939/40 und 1945 bis 1947 durch die Sowjetunion deutlich. Dank dieses Beispiels wird klar, dass die Ostdeutschen eben nicht als Reaktion auf Hitlers Krieg vertrieben worden sind. Denn Finnland hat Rußland nicht angegriffen, sondern ist von ihm 1939 überfallen worden, dennoch ist es den Kareliern ergangen wie 1945 den Deutschen."

Pawelka leugnet die Kriegsschuld in Wendungen und Irrungen aber mit klarer Zielsetzung. Dass so eine Person im Bundesverband der Vertriebenen einen Vorstandsposten inne hat, wirft ein klares Licht auf den Verband.

Zu wenig Patriotismus

Junge Freiheit Nr. 36/06, 1.9.06

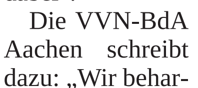
Das rechte Kampfblatt schwelgte während der WM und sah den „neuen Patriotismus". Jetzt sind sie unzufrieden: „Mit der Sommerhitze sind auch die letzten Relikte der Deutschlandbegeisterung aus den Tagen der WM-Euphorie gewichen. Die Halbwertzeit von schwarz-rot-goldenen Hemden erwies sich – vorhersehbar – als kurz ..."

Und dann kommt Publikumsbeschimpfung: „Das Deutschlandgefühl unserer Tage gleicht dem Affekt spielender Kinder. Das Bewußtsein, dem es entspringt, ist keine Verpflichtung, keiner Verantwortungsbereitschaft geschuldet, sondern erwächst aus einem Bedürfnis, einem Mangel. Insofern steht es auf denkbar tönernen Füßen ... Deutscher Wimpel am Ballermann: Mancher mag auch dies als patriotischen Ausdruck verstehen." *jöd* ■

„Reinwaschung der Waffen-SS"

Dass Grass bei der Waffen-SS war, nutzen die Nazis zu einer Kampagne zur Reinwaschung der Waffen-SS. Die Nationalzeitung startet eine Serie „Grass und seine SS-Kameraden". Die Deutsche Militärzeitschrift bringt eine Extraausgabe heraus, wo Grass und Schönhuber gemeinsam auf dem Titel prangen „Wir waren dabei".





Die VVN-BdA Aachen schreibt dazu: „Wir beharren weiter darauf, dass der Versuch, über die Grass-Debatte eine Reinwaschung des Treffens von Helmut Kohl und Ronald Reagan an den Gräbern der SS in Bitburg 1985 zu versuchen, scheitert. Das Treffen in Bitburg knüpfte historisch an die Verhandlungen (Schweiz 1944/45) des Naziverbrechers Himmler an, die SS nach der sicheren Niederlage Deutschlands im Osten über einen Seperatfrieden mit den USA als Kampftruppe gegen den Bolschewismus anzubieten und so deren Überleben zu sichern. Das Treffen Kohl-Reagan war ein Affront gegen die ehemaligen Alliierten im Kampf gegen den Faschismus, besonders die Sowjetunion und ein Schlag ins Gesicht aller Opfer der verbrecherischen Waffen-SS.

Die Kritik von Grass an Bitburg ist und bleibt richtig. Für ihn spricht, dass er viel weniger Ausreden nötig hat als die meisten seiner heutigen „Verteidiger".

VVN-BdA Aachen ■